

Inhaltsverzeichnis

1. Michael Meister
2. Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen
3. Institut Finanzen und Steuern
4. CDU
5. Wirtschaftsrat der CDU

Michael Meister

Der CDU-Politiker **Michael Meister** (**9. Juni 1961 in Lorsch*), Staatsminister für Bund-Länder-Zusammenarbeit, ist Vorsitzender der Lobbyorganisation [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#) e.V. und war Mitglied des Kuratoriums des [Institut Finanzen und Steuern](#). Bis 2021 war er Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung und davor Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium.

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	2
2 Verbindungen / Netzwerke	2
3 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	2
4 Einelnachweise	3

Karriere

- seit 05/2025 Staatsminister für Bund-Länder-Zusammenarbeit
- 2018 -2021 Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung
- 12/2013-03/2018 Parlamentarischer Staatssekretär im [Bundesfinanzministerium](#)
- 11/2010-12/2018 Mitglied im Bundesvorstand der [CDU](#)
- 12/2004-12/2013 Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- seit 10/1994 Mitglied des Bundestages
- 04/1990-01/1995 Mitarbeiter im Operationszentrum der Europäischen Raumfahrtbehörde in Darmstadt (ESOC)
- 1980-1985 Studium der Mathematik an der TH Darmstadt - Abschluss: Diplom

Quelle: [\[1\]](#)[\[2\]](#)

Verbindungen / Netzwerke

- seit 09/2010 [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#), Vorsitzender
- [Institut Finanzen und Steuern](#), ehem. Mitglied des Kuratoriums^[3]
- Senftenberg Gesellschaft für Naturforschung, Mitglied des Kuatoriums
- 06/2007-06/2019 [Wirtschaftsrat der CDU](#), Mitglied des Präsidiums

Quelle: [\[1\]](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einelnachweise

1. ↑ [1.01.¹ Lebenslauf](#), meister-schafft.de, abgerufen am 03.07.2022
2. ↑ [Dr. Michael Meister](#), bundesregierung.de, abgerufen am 03.06.2025
3. ↑ [Profil](#), abgeordnetenwatch.de, abgerufen am 04.02.2023

Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen

Die **Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen** ("Strukturgesellschaft") ist ein [Netzwerkverein](#), der regelmäßig Sitzungen und sogenannte "Expertengespräche" in Räumen des Bundestags zu Themen der laufenden Gesetzgebung und Sachverhalten, bei denen politische Entscheidungen absehbar sind, veranstaltet. Dabei bringt die Organisation große Wirtschaftsverbände, Unternehmen und Einzelpersonen mit Abgeordneten und Vertreter:innen der Bundesregierung – insbesondere Parlamentarischen Staatssekretär:innen – zusammen und ermöglicht so eine informelle Einflussnahme auf die Gesetzgebung.^[1]

Eine zentrale Rolle spielen dabei die 16 Beiräte, die den Ausschüssen des Deutschen Bundestags nachgebildet sind. Die Beiratsvorsitzenden der Strukturgesellschaft sind meist gleichzeitig Mitglieder - teils sogar Vorsitzende - der entsprechenden Bundestagsausschüsse und/oder Fraktionssprecher:innen. Dabei handelt es sich überwiegend um CDU/CSU Politiker:innen.

Zu den prominentesten CDU-Mitgliedern der Organisation zählen Bundeskanzler [Friedrich Merz](#), Staatsminister [Michael Meister](#) sowie [Thomas Bareiß](#), Verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und ehem. Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie. Einflussreiche Mitglieder aus der FDP sind unter anderem Hartfrid Wolf, ehem. Abteilungsleiter für Pressearbeit im Bundesministerium für Digitales und Verkehr, und Michael Theurer, Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank mit Zuständigkeit für die Bankenaufsicht und ehem. Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Digitales und Verkehr.

Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen

Rech eingetragener Verein
tsfor
m
Tätig Kontaktpflege der Wirtschaftslobby zu **keits** Parlamentariern und Parlamentarischen **berei** Staatssekretären zur Einflussnahme auf **ch** Gesetzesvorhaben
Grün 1959
dung
sdat
um
Haup Gertraudenstraße 20, 10178 Berlin
tsitz
Lobb
ybür
o
Lobb
ybür
o EU
Web www.strukturgesellschaft.de
adre
sse

Inhaltsverzeichnis

1 Die Beiräte	4
2 Mangelnde Transparenz	5
3 Organisationsstruktur und Personal	6
3.1 Vorstand	6
3.2 Vorstandsmitglieder vorangegangener Legislaturperioden	7
3.3 Vorsitzende der Beiräte der Strukturgesellschaft	7

3.4 Mitglieder	8
4 Weiterführende Informationen	9
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	9
6 Einelnachweise	9

Die Beiräte

Bei der Beeinflussung von Parlamentarier:innen und hochrangigen Mitarbeiter:innen von Ministerien im Sinne der in der Strukturgesellschaft organisierten Verbände und Unternehmen spielen die Beiräte eine entscheidende Rolle. Die Beiräte der Lobbyorganisation sind den Ausschüssen des Deutschen Bundestags nachgebildet. Diese machen Gesetzesentwürfe "abstimmungsreif" und können in diesem Zusammenhang Sachverständige zu Anhörungen einladen. Ihre Mitglieder verfügen somit über großen politischen Einfluss auf den Gesetzgebungsprozess.

Die Beiratsvorsitzenden der Strukturgesellschaft sind meist gleichzeitig Mitglieder - teils sogar Vorsitzende - der entsprechenden Bundestagsausschüsse und/oder Fraktionssprecher:innen. Die Beiräte bilden das Forum, in dem der Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen Politiker:innen (Parlamentarier:innen und Parlamentarische Staatssekretär:innen), Vertreter:innen von Wirtschaftsverbänden, Unternehmen und Beratungsgesellschaften sowie diesen nahestehenden Professor:innen stattfindet. Der privilegierte Zugang zu einflussreichen Bundestagsabgeordneten und Mitgliedern der Bundesregierung vermittelt den beteiligten Wirtschaftskreisen einen immensen strategischen Vorteil bei der Lobbyarbeit.

Die Tagungen der Beiräte finden in den Mittagspausen der Sitzungen des Deutschen Bundestages statt. Auf diese Weise ist sichergestellt, dass Mitglieder der Bundesregierung und Bundestagsabgeordnete aller Fraktionen am Meinungsaustausch teilnehmen können. Auf der Tagesordnung stehen sowohl Themen der laufenden Gesetzgebung als auch Trends, bei denen aus Sicht der Strukturgesellschaft ein Regelungsbedarf absehbar ist. Leiter der Tagungen sind die Beiratsvorsitzenden, die den Sitzungstermin, das Thema sowie die Statementgeber:innen gegenüber der Strukturgesellschaft festlegen und die Räume im Bundestag buchen.^[2]

Die Strukturgesellschaft fragt im Namen des Beiratsvorsitzenden die Statementgeber:innen an und lädt weitere Teilnehmer:innen sowie die Mitglieder der Strukturgesellschaft zu den Sitzungen bzw. "Expertengesprächen" ein. Das geschäftsführende Vorstandsmitglied Horst-Dieter Westerhoff schrieb an abgeordnetenwatch.de, dass die Gesellschaft die jeweiligen Fraktionssprecher:innen für den Vorsitz eines Beirats gewinnen wollen: „Auf diese Weise kann es gelingen, aus der Fülle der im Bundestag behandelten Themen die wichtigsten herauszufinden.“^[3]

Protokolle der Sitzungen des zweiten Halbjahrs 2021 und 1./2. Halbjahr 2022, in denen nur das Datum, der Sitzungsort, das Thema und das zuständige Beiratsmitglied genannt werden, sind [hier](#) abrufbar. Welche Lobbyist:innen auf Einladung von Abgeordneten einen Vortrag halten dürfen, wollen die Verantwortlichen nicht sagen. Dies sei angeblich zu aufwendig.^[4]

Die Strukturgesellschaft verfügt über 16 Beiräte mit den Schwerpunkten:

Arbeit und Soziales	Bildung und Forschung	Digitales	Energie
Europa	Finanzen, Steuern, Geld und Kredit	Gesundheit	Handel und Verbraucherschutz
Medien, Internet und	Sicherheit und	Umwelt, Naturschutz und	

Telekommunikation

Welthandel

Verteidigung

Wirtschaft und
Wirtschaftsrecht

Reaktorsicherheit

Wohnen, Stadtentwicklung
und Bauwesen

Verkehr

Ordnungspolitik (neu
seit 09/2023)

Mangelnde Transparenz

Auf der [Webseite der Strukturgesellschaft](#) gibt es keinerlei Informationen zu den Beiratssitzungen wie Termine, Teilnehmer, Themen, Argumente oder Beschlüsse.

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand

Vorsitzender	Michael Meister, CDU	<ul style="list-style-type: none"> seit 05/2025 Staatsminister für Bund-Länder-Zusammenarbeit^[5] Mitglied des Bundestags 2018-2021 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, davor Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium Wirtschaftsrat der CDU, ehem. Mitglied des Präsidiums Institut Finanzen und Steuern, ehem. Mitglied des Kuratoriums^[6]
Stellvertreter	Ludolf von Wartenberg, CDU	<ul style="list-style-type: none"> 1990-2006 Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Hauptgeschäftsführer Institut Finanzen und Steuern, Vorsitzender des Kuratoriums
Stellvertreter	Siegmar Mosdorf, SPD	<ul style="list-style-type: none"> Lobby- und PR-Agentur Kekst CNC, Partner Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), ehem. Botschafter Parlamentarischer Staatssekretär a.D.
Stellvertreterin	Marie-Luise Dött, CDU	<ul style="list-style-type: none"> ehem. Mitglied des Bundestags ehem. Umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Schatzmeister	Jochen Homann	<ul style="list-style-type: none"> Bundesnetzagentur, ehem. Präsident Bundesministerium für Wirtschaft, ehem. Beamter Staatssekretär
Vorstandsmitglied	Alexander Bonde, Bündnis 90/Die Grünen	<ul style="list-style-type: none"> Deutsche Bundesstiftung Umwelt, Generalsekretär ehem. Landesminister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg
Vorstandsmitglied	Hartfrid Wolff, FD P	<ul style="list-style-type: none"> Bundesministerium für Digitales und Verkehr, ehem. Abteilungsleiter (Pressearbeit und strategische Planung) KPMG, bis 01/2022 Senior Manager, Öffentlicher Sektor^[7] FDP, Mitglied im Landesvorstand Baden-Württemberg ehem. Mitglied des Bundestags
Vorstandsmitglied	Rainer Holznagel	<ul style="list-style-type: none"> Bund der Steuerzahler, Präsident Europäischer Wirtschaftssenat, Mitglied des Kuratoriums

Geschäftsführen

des [Horst-Dieter Westerhoff](#)
Vorstandsmitglied

- Bundeskanzleramt, ehem. Gruppenleiter
- CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ehem. Mitarbeiter

(Stand: Juni 2025) Quelle: [\[8\]](#)

Vorstandsmitglieder vorangegangener Legislaturperioden

- [Friedrich Merz](#), CDU
- [Christine Scheel](#), Grüne

Vorsitzende der Beiräte der Strukturgesellschaft

Die Bezeichnung der Beiräte orientiert sich an den Bezeichnungen der Ausschüsse des Deutschen Bundestags (Kurzbezeichnung: Ausschuss).

- Axel Knoerig, MdB, CDU, Stellv. Vorsitzender im Ausschuss für Arbeit und Soziales (**Beirat für Arbeit und Soziales**)
- Katrin Staffler, MdB, CSU, Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (**Beirat für Bildung und Forschung**)
- N.N. (**Beirat für Digitales**)
- Reinhard Houben, MdB, FDP (**Beirat für Energie**)
 - Mitglied im Wirtschaftsausschuss
 - Wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion
- Markus Töns, MdB, SPD, Stellv. Vorsitzender im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union (**Beirat für Europa**)
- Matthias Hauer, MdB, CDU, Partner in der Sozietät Esch & Kramer Rechtsanwälte, Obmann und Mitglied im Finanzausschuss (**Beirat für Finanzen, Steuern Geld und Kredit**)
- Georg Kippels, MdB, CDU, Obmann im Unterausschuss Globale Gesundheit und Gesundheitsausschuss, Rechtsanwalt bei Dr. Georg Kippels und Hans-Peter Dresen GbR (**Beirat für Gesundheit**)
- Jan Metzler, MdB, CDU, Mitglied im Wirtschaftsausschuss (**Beirat für Handel und Verbraucherschutz**)
- Marco Wanderwitz, MdB, CDU, Stellv. Vorsitzender im Ausschuss für Kultur und Medien (**Beirat für Medien, Internet und Telekommunikation**)
- Michael Meister, MdB, CDU, ehemaliger Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium für Finanzen und beim Bildungsministerium, (**Beirat für Ordnungspolitik**)
- Reinhard Brandl, MdB, CSU (**Beirat für Sicherheit und Verteidigung**)
 - Mitglied im Verteidigungsausschuss und im Gremium "Sondervermögen der Bundeswehr"
 - Präsidiumsmitglied im [Förderkreis Deutsches Heer](#)
 - Vizepräsident der [Gesellschaft für Sicherheitspolitik](#)
- Björn Simon, MdB, CDU, Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (**Beirat für Umwelt, Naturschutz und Nukleare Sicherheit**)
- [Thomas Bareiß](#), MdB, CDU (**Beirat für Verkehr**)
 - Verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
 - Vorstandsmitglied des Parlamentskreises Mittelstand
 - ehem. Parlamentarischer Staatssekretär
- Stefan Rouenhoff, MdB, CDU (**Beirat für Welthandel**)
 - Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie

- Vorstandsmitglied der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#) (MIT) der Sächsischen Union
- Klaus Wiener, MdB, CDU, Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, ehem. Geschäftsführer des [Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft](#) (**Beirat für Wirtschaft und Wirtschaftsrecht**)
- Friedhelm Boginski, FDP (**Beirat für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen**)

(Stand: April 2025)

Mitglieder

Zu den 205 [hier](#) abrufbaren Mitgliedern (Stand: 01.01.2024) [\[9\]](#) gehören:

- **Verbände**, z. B.
 - [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI)
 - [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA)
 - [Deutscher Industrie- und Handelskammertag](#) (DIHK)
 - [Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft](#)
 - [Bundesverband der Tabakwirtschaft und neuartiger Erzeugnisse](#) (BVTE)
 - [Bundesverband Deutscher Banken](#)
 - [Die Familienunternehmer - ASU](#)
 - [Verband der Automobilindustrie](#)
 - [Verband der privaten Krankenversicherungen](#)
 - [Die Gas- und Wasserstoffwirtschaft](#) (ehemals Zukunft Gas)
- Unternehmen, z. B.
 - [Amazon](#)
 - [BASF](#)
 - [Bayer](#)
 - [Deutsche Post](#)
 - [Deutsche Telekom](#)
 - [Google](#)
 - [Shein](#)
- **Politiker:innen**, z. B.
 - [Thomas Bareiß](#), CDU, MdB, Verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ehem. Parl. Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
 - [Daniel Föst](#), FDP
 - [Anja Karliczek](#), CDU, MdB, ehem. Bundesministerin für Bildung und Forschung
 - [Michael Meister](#), CDU, MdB, ehem. Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung
 - [Friedrich Merz](#), CDU, MdB, Bundesvorsitzender und Kanzlerkandidat der CDU
 - [Klaus-Peter Willsch](#), CDU, MdB, Mitglied des Bundestagsausschusses für Wirtschaft und Energie, Vorsitzender des [Forum Luft- und Raumfahrt](#)
- **Einzelmitglieder**, z. B.
 - [Marie-Luise Dött](#)
 - [Georg Fahrenschon](#), ehemaliger Staatsminister
 - [Melanie Fügner](#), Freier Verband Deutscher Zahnärzte
 - [Justus Haucap](#)
 - [Anja Käfer-Rohrbach](#), [Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft](#) (GDV)

- Siegmar Mosdorf, Partner der Lobby- und PR-Agentur [Kekst CNC](#)
- Kai Warnecke, Haus & Grund
- Martin G. Eckert, thyssenkrupp Industrial Solutions AG
- Stefan Hefter, [KPMG AG](#)

(Stand: Mai 2025)

Weiterführende Informationen

- Tanja Röttger: Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen, abgeordnetenwatch.de, 08.09.2023
- Rede von Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble zum Symposium zum 60. Jubiläum der Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen, 23. Oktober 2019
- Die Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen (Strukturgesellschaft), Veranstaltung zum 50-jährigen Bestehen am 5. März 2009

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einelnachweise

1. ↑ [Rede von Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble zum Symposium zum 60. Jubiläum der Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen, 23. Oktober 2019](#), Bundestag.de, abgerufen am 21.02.2021
2. ↑ [Registereintrag](#), lobbyregister.de, abgerufen am 21.04.2024
3. ↑ [Wie ein diskreter Verein Lobbyisten und Abgeordnete zusammenbringt](#), abgeordnetenwatch.de vom 08.09.2023, abgerufen am 09.09.2023
4. ↑ [Wie ein diskreter Verein Lobbyisten und Abgeordnete zusammenbringt](#), abgeordnetenwatch.de vom 08.09.2023, abgerufen am 09.09.2023
5. ↑ [Dr. Michael Meister](#), bundesregierung.de, abgerufen am 03.06.2025
6. ↑ [Profil](#), abgeordnetenwatch.de, abgerufen am 04.02.2023
7. ↑ [Profil](#), kpmg-law.de, abgerufen am 02.07.2022
8. ↑ [Der Vorstand](#), strukturgesellschaft-de, abgerufen am 06.06.2025
9. ↑ [Registereintrag](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 06.06.2025

Institut Finanzen und Steuern

Das **Institut Finanzen und Steuern** (IFST) ist ein von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden gegründeter und gelenkter gemeinnütziger Verein zur Erarbeitung von steuerlichen Initiativen, die weitgehend den Interessen der Wirtschaft entsprechen. Mit Schriften und über Veranstaltungen hat das Institut nach eigenen Angaben die

Institut Finanzen und Steuern

Rechtsfo eingetragener Verein
rm

Tätigkeit Erarbeitung von Initiativen auf dem
sbereich Gebiet der Wirtschaftsgesetzgebung

Finanz- und Steuerpolitik der Bundesrepublik sichtbar mitgestaltet und begleitet.^[1] Mit den Schriften werden gezielt Brennpunkte der aktuellen Steuer- wie auch Finanzpolitik adressiert. Das Institut hat seit geraumer Zeit keine eigenen Wissenschaftlichen Mitarbeiter mehr.

Mitglieder des Vereins, des Vorstands und des Kuratoriums sind nicht nur Vertreter von Unternehmen und Verbänden ([Bundesverband der Deutschen Industrie \(BDI\)](#) und [Deutscher Industrie- und Handelskammertag \(DIHK\)](#)), sondern auch Vertreter der Finanzverwaltung, Finanzrichter sowie Parlamentarier, mit denen auf diesem Wege der "Meinungsaustausch" institutionalisiert wird. Ein großer Teil der Akteure hat Verbindungen zum Wirtschaftsflügel der [CDU](#). Die Vorschläge des Instituts werden von externen Fachleuten in Arbeitsgruppen oder Gesprächskreisen erarbeitet, in den Publikationen des Instituts veröffentlicht und in Kolloquien mit Abgeordneten, Professoren und Finanzbeamten schon im Vorfeld des parlamentarischen Gesetzgebungsverfahrens erörtert. Diese informellen Einflussmöglichkeiten auf die die eigenen Interessen berührende Gesetzgebung sind anderen gesellschaftlichen Gruppen verwehrt. Sie sind in einer parlamentarischen Demokratie eigentlich auch gar nicht vorgesehen.

Besonders problematisch erscheint, dass Mellinghoff als Vorsitzender des Bundesfinanzhofs (BFH), des Obersten Gerichtshofs des Bundes für Steuern und Zölle, Vorstandsmitglied des lobbynahen Instituts Finanzen und Steuern war. Diese Verbindung kann bei einem dem Allgemeinwohl verpflichteten Richter zu Interessenkonflikten führen. Auf der Webseite des Bundesfinanzhofs wurde diese Mitgliedschaft nicht erwähnt (Stand: 28.02.2019).^[2] Nach seinem Ausscheiden aus dem BFH im Juli 2020 wurde er im Mai 2021 Wissenschaftlicher Direktor des Vereins.

Institut Finanzen und Steuern

Gründun 1949

gsdatum

Hauptsit Marienstr. 31, 10117 Berlin

z

Lobbybü

ro

Lobbybü

ro EU

Webadre ifst.de

sse

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategie und Einfluss	11
1.1 Aktivitäten	11
1.2 Gesponserte Veranstaltungen	11
1.3 Einflussteigerung durch vermeintlich neutrale Ausrichtung	11
2 Fallstudien und Kritik	12
2.1 Attac-Verfahren	12
2.2 Reformvorschlag für ein neues Konzernsteuerrecht	12
3 Mangelnde Transparenz	13
4 Organisationsstruktur und Personal	13
4.1 Vorstand	13
4.2 Geschäftsführerin	14
4.3 Kuratorium	14
4.4 Mitglieder	15
5 Geschichte	16
6 Weiterführende Informationen	16
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	16
8 Einelnachweise	16

Lobbystrategie und Einfluss

Aktivitäten

Zweck des Instituts ist satzungsgemäß die Förderung von Wissenschaft und Forschung auf dem Gebiet des Steuerwesens. Verwirklicht wird dies zunächst insbesondere dadurch, dass das Institut

- auf dem Gebiet des Finanz- und Steuerwesens Material sammelt und Analysen durchführt, die der Gesetzgebung, Verwaltungspraxis und Rechtsprechung als wissenschaftliche Grundlage dienen können
- sich zum öffentlichen Finanzgebaren äußert, insbesondere zur Haushaltspolitik des Bundes, der Länder und der Gemeinden
- zu steuerrechtlichen Streitfragen Stellung nimmt.

Das Institut präsentiert Reformvorschläge, die von wirtschaftsnahen Wissenschaftlern als Gutachten erarbeitet und in den IFSt-Schriftenreihen veröffentlicht werden. Der Schwerpunkt liegt dabei im Unternehmenssteuerrecht. Medienkooperationspartner ist DER BETRIEB. Im Zusammenhang mit den Berliner Steuergesprächen werden IFSt-Kolloquien als Diskussionskreise zwischen Politik, Wissenschaft und Wirtschaft etabliert. Ziel ist ein Meinungsaustausch zwischen Finanzverwaltung, Rechtsprechung, parlamentarischen Vertretern und der Wirtschaft zu ausgesuchten Praxisproblemen des geltenden Rechts sowie die Erarbeitung von Lösungswegen und Analyse gesetzgeberischen Korrekturbedarfs mit Blick auf politische Umsetzbarkeit.(Quelle: Website des Instituts, abgerufen am 30. Juni 2012). Die Einbindung von Vertretern des Bundesfinanzministeriums, Politikern, Parlamentariern und Finanzrichtern in die Aktivitäten des wirtschaftsnahen Instituts verschafft der Wirtschaftslobby die Möglichkeit, die Steuergesetzgebung und Steuerrechtsprechung laufend in ihrem Sinne zu beeinflussen. Auch die persönliche Nähe, die über die Mitarbeit in gemeinsamen Gremien (Vorstand, Kuratorium) und regelmäßige Fachdiskussionen auf den IFSt-Kolloquien entsteht, erleichtert es den beteiligten Verbänden und Unternehmen, ihre interessengeleiteten Reformvorschläge wichtigen Entscheidungsträgern als dem Allgemeinwohl dienend zu präsentieren. Organisationen und Personen, die die Steuerpolitik als zu wirtschaftsfreundlich oder zu wenig sozial kritisieren, sind in den Gremien nicht vertreten. Sie haben deshalb auch keine vergleichbaren Möglichkeiten, die Ausgestaltung der Steuergesetzgebung zu beeinflussen.

Gesponserte Veranstaltungen

Das IFST-Webseminar „Steuerliche Folgewirkungen des Russland-Ukraine-Kriegs (II)“ vom 03.11.2022 wurde vom [Verband der Chemischen Industrie \(VCI\)](#) gesponsert.^[3] Referentin war Christiane Kellermann, Senior-Referentin Bereich Volkswirtschaft beim VCI. Auch die Tagung „Chancen guter Gesetzgebung in einer komplexen Welt“ vom 21. und 22. November 2018 ist vom VCI unterstützt worfen.^[4]

Einflusssteigerung durch vermeintlich neutrale Ausrichtung

Im wirtschaftsnahen IFST spielen der [Bundesverband der Deutschen Industrie \(BDI\)](#) und seine Mitgliedsunternehmen, die in der Mitgliederversammlung und den Gremien stark vertreten sind, eine herausragende Rolle. In einem Flyer des BDI zu "Organisation.Ziele.Struktur" wird deshalb unter "Der BDI im globalen Netzwerk" beim Thema "Wissenschaft" neben dem [Institut der deutschen Wirtschaft](#) der deutschen Wirtschaft auch das IFST angeführt.^{[5][6]} Der Verein selbst stellt sich dagegen erfolgreich als wissenschaftlich und politisch neutral dar und erweckt dadurch den Anschein einer halb-amtlichen Tätigkeit, was ihm zusätzliche Möglichkeiten verschafft, die Steuergesetzgebung im Sinne der Mitgliedsunternehmen

/Verbände zu beeinflussen.^[7] Auf der Webseite des Vereins wird hervorgehoben, dass das Institut in seiner Funktion der „wissenschaftlich ausgewogenen Institution“ auch auf Einladung des Deutschen Bundestages an den Anhörungen des Finanzausschusses teilnehme.^[8] So wurde das IFST zur öffentlichen Anhörung im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages zum Gesetzentwurf der Bundesregierung „Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2021/514 des Rates vom 22. März 2021 zur Änderung der Richtlinie 2011/16/EU über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung und zur Modernisierung des Steuerverfahrensrechts“ (BT-Drucksache 20/3436) am 12. Oktober 2022 eingeladen.^[9]

Das IFST-Kolloquium „Lebenszyklus Immobilie: Brennpunkte der Immobilienbesteuerung fand am 6. März 2017 sogar im Bundesministerium der Finanzen statt.^[10] Eröffnet wurde die Veranstaltung vom damaligen Parlamentarischen Staatssekretär Michael Meister, MdB (CDU), Kuratoriumsmitglied des IFST und Lobbyist (Vorsitzender der [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#) und Präsidiumsmitglied des [Wirtschaftsrat der CDU](#)). Zu den Referenten gehörten u.a. die folgenden Interessenvertreter: Steuerberater Thomas Wagner, Associate Partner und Leiter der "Industriegruppe Immobilien" bei der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Warth & Klein (2022 umbenannt in Grant Thornton); Rechtsanwalt /Steuerberater Roland Franke, Abteilungsleiter "Finanzmarktregulierung und Steuern" beim Zentralen Immobilien Ausschuss [ZIA](#), bis 2014 Referent "Internationales Steuerrecht" beim [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI), seit 2018 Leiter des Bereichs „Steuer- und Finanzpolitik“ der [Stiftung Familienunternehmen](#).

Auch die nicht hinterfragte Dauerpräsenz von ranghohen Vertretern des Bundesfinanzministeriums und Finanzrichtern in den Leitungsgremien des Vereins verstärkt den Anschein von Neutralität und Überparteilichkeit zusätzlich.

Fallstudien und Kritik

Attac-Verfahren

Das Vorstandsmitglied Rolf Möhlenbrock, Leiter der Steuerabteilung im [Bundesministerium der Finanzen](#), hat das Schreiben, in dem das Bundesfinanzministerium seinen Beitritt zum Attac-Verfahren beim Bundesfinanzhof (BFH) begründete, verfasst.^{[11][12]} Laut Attac-Rundbrief argumentierte Möhlenbrock (damals noch Unterabteilungsleiter), Attac sei zu politisch engagiert, um als gemeinnützig gelten zu können. Ähnlich habe dessen Vorstandskollege und BFH-Präsident Mellinghoff dann das Urteil gegen Attac im Februar 2019 begründet: Zur Gemeinnützigkeit gehöre "nicht die allgemeine politische Betätigung auf allen möglichen Feldern". Attac habe diesen Rahmen überschritten.

Reformvorschlag für ein neues Konzernsteuerrecht

Einer "Prüfbitte" des Koalitionsvertrages von CDU/CSU und FDP nachkommend hat das Institut am 22. Juni 2011 einen Reformvorschlag für ein neues Konzernsteuerrecht vorgelegt, der anlässlich der IFSt-Jahrestagung 2011 diskutiert wurde. Den Vorschlag hatte eine Arbeitsgruppe unter dem Dach des Instituts entwickelt. Die Leitung der Arbeitsgruppe hatte die Institutedirektorin [Johanna Hey](#). An diesem Beispiel wird deutlich, dass Regierung und Parlament die Grundrichtung neuer Wirtschaftsgesetze oft nicht mehr selbst vorgeben. Anstatt eigene Konzepte zu entwickeln und den Sachverstand betroffener Gruppen ausschließlich

zu den üblichen parlamentarischen Bedingungen (z. B. durch Stellungnahmen in den zuständigen Bundestagsausschüssen) einzuholen, überlässt man es den betroffenen Wirtschaftskreisen, Gesetzesentwürfe in ihren eigenen Gremien zu erstellen. Dies kommt einer Selbstentmachtung des Parlaments gleich. Statt der Parlamentarier entscheiden nun Organisationen der Wirtschaft darüber, welche Personen und Gruppen an den ersten Konzepten mitwirken. Das Parlament wird dadurch vom Koch zum Kellner degradiert.^[13]

Mangelnde Transparenz

Auf der Webseite des Instituts sind weder die Mitglieder (Unternehmen, Verbände und Personen) noch die Mitglieder des Kuratoriums abrufbar. Erwähnt werden nur der Vorsitzende des Gesamt-Kuratoriums (Ludolf v. Wartenberg) und der Vorsitzende des geschäftsführenden Ausschusses des Kuratoriums (RA Bernd Jonas). Zur Finanzierung gibt es so gut wie keine Angaben. Von Interesse wären z.B. die Höhe des Budgets, die Gesamthöhe der Mitgliedsbeiträge und Spenden sowie die Verteilung auf Mitgliedsunternehmen, Mitgliedsverbände und Mitgliedspersonen. In § 5 der Satzung wird nichtssagend festgestellt: „Die Höhe des jährlichen Mitgliedsbeitrages der ordentlichen und fördernden Mitglieder wird im Einzelfall mit dem Vorstand des Instituts vereinbart“.

Auch die Höhe der angemessenen Vergütung der Vorstandsmitglieder nach § 7 der Satzung wird nicht genannt, was zumindest bei den Vorstandsmitgliedern Mellinghoff (bis 07/2020 Präsident des Bundesfinanzhofes) und Möhlenbrock (Leiter der Steuerabteilung im Bundesfinanzministeriums) von Interesse ist bzw. war. Auf die Gefährdung der Unabhängigkeit von Richtern durch hohe Nebeneinkünfte hat der Finanzexperte der Grünen, Gerhard Schick, im Dezember 2018 hingewiesen.^[14] Demnach soll eine Richterin bzw. ein Richter am Bundesfinanzhof im Jahr 2017 die höchsten Nebeneinkünfte aller Richter gehabt haben: 169.979 Euro. Der Name der Richterin/des Richters wurde nicht bekannt gegeben. Die Richter des Bundesverfassungsgerichts haben sich Ende 2017 eine Art Ethik-Code auferlegt, der auch Nebeneinkünfte betrifft, und seit 2018 gilt. In Ziffer 9 heißt es: „Die Richterinnen und Richter des Bundesverfassungsgerichts können für Vorträge, für die Mitwirkung an Veranstaltungen und für Publikationen eine Vergütung nur und nur insoweit entgegennehmen, als dies das Ansehen des Gerichts nicht beeinträchtigen und keine Zweifel an der Unabhängigkeit, Unparteilichkeit, Neutralität und Integrität seiner Mitglieder begründen kann.“ Dadurch erzielte Einkünfte legen sie offen.“^{[15][16]} Mellinghoff hatte dagegen auf der Webseite des Bundesfinanzhofes noch nicht einmal seine Mitgliedschaft im Vorstand des Instituts erwähnt.

Organisationsstruktur und Personal

Die Befugnisse des Vorstands, des Kuratoriums und der Mitgliederversammlung werden in der Satzung geregelt.

Vorstand

Der Vorstand wird vom Kuratorium gewählt, dessen Vorsitzender der Lobbyist und Ex-CDU-Politiker Ludolf von Wartenberg (ehem. Hauptgeschäftsführer und Präsidiumsmitglied des [Bundesverband der Deutschen Industrie \(BDI\)](#) und Stellv. Vorsitzender der [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)) ist. Auch der Vorsitzende des geschäftsführenden Ausschusses des Kuratoriums ist im BDI verwurzelt. Nach § 7 der Satzung erhalten die Vorstandsmitglieder eine angemessene Vergütung, die den Leistungen für das Institut entspricht.

Mitglieder des Vorstands sind:

- Rudolf Mellinghoff (seit 2021 Wissenschaftlicher Direktor, 2011-2021 Vorstandsmitglied)), Mitglied der CDU^[17], 1. Vorsitzender der "Berliner Steuergespräche", 2011-2020 Präsident des Bundesfinanzhofs
- Berthold Welling (Geschäftsführendes Vorstandsmitglied), Abteilungsleiter "Recht und Steuern, Nachhaltigkeit" beim [Verband der Chemischen Industrie](#) (VCI), Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der "Berliner Steuergespräche", Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Gesetzgebung, Vorstandsmitglied und Generalsekretär der Deutschen Vereinigung für Internationales Steuerrecht (IFA), bis 2017 Leiter der Steuerabteilung des [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI)
- [Johanna Hey](#), Direktorin des Instituts für Steuerrecht und Prorektorin für Internationales an der Universität Köln, Mitglied des Beirats der "Berliner Steuergespräche", Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesfinanzministerium, Mitglied der Lenkungsgruppe der "Kommission Steuergesetzbuch" der [Stiftung Marktwirtschaft](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#) Gründungsmitglied der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM)
- Rolf Möhlenbrock, Ministerialdirektor, Leiter der Steuerabteilung beim Bundesministerium der Finanzen, 2. Vorsitzender der "Berliner Steuergespräche"
- Rainer Kambeck, Bereichsleiter "Wirtschafts- und Finanzpolitik, Mittelstand" beim [Deutscher Industrie- und Handelskammertag](#), Mitglied im "Arbeitskreis Finanzwissenschaft" beim Bundesministerium der Finanzen
- Monika Wünnemann, Abteilungsleiterin "Steuern und Finanzpolitik" beim [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI), Mitglied des Steuerausschusses der International Chamber of Commerce, Vorstandsmitglied der Deutschen Vereinigung für Internationales Steuerrecht (IFA)

(Stand: 12/2022)

Geschäftsführerin

Geschäftsführerin ist Eva Greil, zuvor Referentin beim [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI)^[18]

Kuratorium

Das Kuratorium wählt, unterstützt und berät den Vorstand. Es bestimmt ein geschäftsführendes Mitglied als Direktor(in) des Instituts und eine(n) Vertreter(in). Das Kuratorium besteht aus höchstens 50 Mitgliedern, von denen 25 von der Mitgliederversammlung gewählt werden. Das Kuratorium kann weitere 25 Mitglieder dazu wählen. Mindestens ein Drittel der Mitglieder des Kuratoriums ist den fördernden Mitgliedern des Instituts zu entnehmen. 2022 bestand das Kuratorium aus 32 Personen, insbesondere aus den Mitgliedsunternehmen.^[19] Weiterhin gehören oder gehörten dem Kuratorium zahlreiche Mitglieder des Deutschen Bundestages, Vorsitzende des Finanzausschusses, die steuer- und finanzpolitischen Sprecher der Fraktionen, Professoren und Personen aus der Finanzverwaltung an. Auf der Webseite des Instituts werden nur der Kuratoriumsvorsitzende und der Vorsitzende des geschäftsführenden Ausschusses des Kuratoriums namentlich genannt.

Vorsitzender des Gesamt-Kuratoriums ist Ludolf von Wartenberg, ehem. Hauptgeschäftsführer und Präsidiumsmitglied des [Bundesverband der Deutschen Industrie](#), MdB (CDU) und Staatssekretär a.D., Stellv. Vorsitzender der [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#), Vorsitzender der Hanns Martin Schleyer Stiftung (Gründer: BDI und BDA), Vorsitzender des Aufsichtsrats der DF Deutschen Forfait AG, Beiratsmitglied der [Thelen Consult](#)

Vorsitzender des geschäftsführenden Ausschusses des Kuratoriums ist Rechtsanwalt Bernd Jonas. Frühere Tätigkeiten: Generalbevollmächtigter der ThyssenKrupp AG, Mitglied der "Kommission Steuergesetzbuch" der [Stiftung Marktwirtschaft](#), Vorsitzender des Steuerausschusses des [Bundesverband der Deutschen Industrie \(BDI\)](#)^[20]

Mitglied des Kuratoriums ist [Michael Meister](#), MdB (CDU), Mitglied des Finanzausschusses, Vorsitzender der [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#) und Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#). Frühere Positionen: Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Parlamentarischer Staatssekretär beim [Bundesminister der Finanzen](#), Präsidiumsmitglied des [Wirtschaftsrat der CDU](#)^{[21][22]}

An einer Diskussion im Rahmen der Kuratoriumssitzung, die am 22. November 2022 stattfand, nahmen u.a. teil: Katharina Beck, MdB (Die Grünen), Finanzpolitische Sprecherin der Grünen Bundestagsfraktion, Till Mansmann, MdB (FDP), Mitglied im Finanzausschuss, Frauke Heiligenstadt, MdB (SPD), Mitglied im Finanzausschuss, Sebastian Brehm, MdB (CSU), finanz- und haushaltspolitischer Sprecher der CSU im Deutschen Bundestag, Mitglied im Finanzausschuss und Co-Vorsitzender der Steuer- und Finanzkommission der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion Deutschland](#), Jörg Rocholl, Präsident der Internationalen Wirtschaftshochschule ESMT Berlin und Christian Waldhoff, Professor für Öffentliches Recht und Finanzrecht und Beiratsmitglied der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)^[23]

Zu den ehemaligen Mitgliedern des Kuratoriums gehören

- Ralph Brinkhaus, Selbständiger Steuerberater in Gütersloh, MdB (CDU), ehem. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ehem. Stellv. Fraktionsvorsitzender mit Zuständigkeit für die Bereiche Finanzen, Haushalt und Kommunales^[24] (Mitglied bis 04.06.2019)
- Carl-Ludwig Thiele, FDP-Finanzexperte und ehem. Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank^[25]
- Ingrid Arndt-Brauer, MdB (SPD) bis 2021, ehem. Mitglied des Finanzausschusses des Deutschen Bundestags^[26] (Mitglied bis 2021)
- Lisa Paus, MdB (Die Grünen), Bundesfamilienministerin, bis 2021 Sprecherin für Finanzpolitik^[27] (Mitglied bis 04/2022)

Ehemalige Kuratoriumsvorsitzende sind

- Heinz-Gerd Stein (Vorstand Thyssen Krupp AG)
- Joachim Funk (Vorstandsvorsitz Mannesmann)
- Joachim Zahn (Vorstandsvorsitz Daimler-Benz AG)
- Ernst Schneider (Präsident des [Deutscher Industrie- und Handelskammertag](#) (DIHK))
- Christian Kuhlemann, MdB

(Quelle: Webseite des Instituts, abgerufen am 29. April 2016)

Mitglieder

Der Verein hat ordentliche und fördernde Mitglieder, die nur natürliche Personen und Unternehmen jeder Rechtsform sein können. Nur die ordentlichen Mitglieder sind in der Mitgliederversammlung stimmberechtigt. Weder die Zahl noch die Namen der Mitglieder werden bekanntgegeben. Nach einer Publikation aus dem Jahr 2018 sind im IFST fast 150 Institutionen und Einzelpersonen organisiert, darunter

der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), 40 Industrie- und Handelskammern und 18 Dax- und 9 MDax-Konzerne.^[28] Laut Lobbyregister sind auch die folgenden weiteren Institutionen Mitglied: Verband der Chemischen Industrie, Ernst & Young, Zentralverband des Deutschen Handwerks, Steuerverband im Lande Bremen, Aurubis AG, Wintershall DEA, Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen, Verband der Automobilindustrie und Familienbetriebe Land und Forst. Zu den weiteren Mitgliedern gehören Politiker mit Zuständigkeit für finanz- und steuerpolitische Fragen sowie leitende Mitarbeiter der Finanzverwaltung.

Geschichte

Das 1949 gegründete Institut geht auf eine Initiative der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern des Vereinigten Wirtschaftsgebiets im Jahr 1948 zurück. Es sollte auf dem Gebiet des Finanz- und Steuerwesens Material sammeln, zur gesetzgeberischen Verwertung wissenschaftlich verarbeiten und den interessierten Kreisen in Parlament und Wirtschaft laufend zur Verfügung stellen. Auch die Prüfung der öffentlichen Haushalte der Länder und Gemeinden sollte als vordringliche Aufgabe in den Arbeitsbereich des Instituts aufgenommen werden.

Im Juni 2010 gab es einen "Neustart". Ziel der Institutstätigkeit sei es jetzt, den Dialog zwischen Finanzverwaltung, Politik und Wirtschaft wissenschaftlich zu unterstützen und einen Beitrag zur Lösung aktueller Probleme des Finanz- und Steuerwesens zu leisten. Das Institut verlagerte seinen Sitz von Bonn nach Berlin, um Wissenschaft und Politik so näher zusammen zu bringen. Aktuelle Probleme sollen in den Publikationen und Kolloquien schnell aufgegriffen werden. Außerdem übernahm Johanna Hey die Leitung des Instituts.

Weiterführende Informationen

[Lobbyismus in Justiz und Rechtswissenschaften, Finanzwende, Januar 2022](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Schriften](#), ifst.de, abgerufen am 01.03.2019
2. ↑ [Präsident](#), bundesfinanzhof.de, abgerufen am 28.02.2019
3. ↑ [Veranstaltungen](#), ifst.de, abgerufen am 02.12.2022
4. ↑ [Einladung zur Tagung](#), vci.de, abgerufen am 03.12.2022
5. ↑ [Flyer](#), bdi.eu., abgerufen am 03.12.2022
6. ↑ [Flyer](#), web.archive.org, abgerufen am 03.12.2022
7. ↑ [Jörg Poppelbaum: Johanna Hey, JUVE Steuermarkt, Februar 2018](#), steuerrecht.uni-koeln.de, abgerufen am 28.11.2022
8. ↑ [Das Institut](#), ifst.de, abgerufen am 22.11.2022
9. ↑ [Sonstiges](#), ifst.de, abgerufen am 02.12.2022
10. ↑ [Lebenszyklus Immobilie](#), cdn.wesite-editor.net, abgerufen am 23.11.2022

11. ↑ Gericht und Ministerium - Hand in Hand gegen die Gemeinnützigkeit von Attac?, Attac-Rundbrief 02 /2019, S. 05
12. ↑ „Vetternwirtschaft“ im Attac-Prozess?, taz.de vom 17.05.2019, abgerufen am 05.02.2021
13. ↑ 22.6.2011: Institut Finanzen und Steuern legt Reformvorschlag für ein neues Konzernsteuerrecht vor , Website ifst, abgerufen am 27. Juni 2012
14. ↑ Richter haben Nebeneinkünfte von bis zu 170.000 Euro, epochtimes.de vom 16.12.2018
15. ↑ Karlsruher Richter legen Nebeneinkünfte offen, lto.de vom 15.02.2019, abgerufen am 03.03.2019
16. ↑ Einkünfte der Richterinnen und Richter des Bundesverfassungsgerichts, bundesverfassungsgericht.de, abgerufen am 03.03.2019
17. ↑ Ein Schüler Paul Kirchhofs krönt seine Karriere, badische-zeitung.de, 20.06.2011, abgerufen am 10.08.2016
18. ↑ Neue Geschäftsführerin kommt vom BDI, juve-steuermarkt.de vom 06.11.2020, abgerufen am 22.11.2022
19. ↑ Das Institut, ifst.de, abgerufen am 29.11.2022
20. ↑ Lebenslauf, siltronic.com, abgerufen am 01.12.2022
21. ↑ Lebenslauf, meister-schafft.de, abgerufen am 04.02.2021
22. ↑ Profil, abgeordnetenwatch.de, abgerufen am 04.02.2023
23. ↑ Als Panelistin bei der Kuratoriumssitzung des IFST, katharina-beck.de vom 22.11.2022, abgerufen am 30.11.2022
24. ↑ Arbeitsschwerpunkte, ralph-brinkhaus.de, abgerufen am 04.02.2021
25. ↑ Profil, de.linkfang.org, abgerufen am 04.02.2021
26. ↑ Biografie, bundestag.de, abgerufen am 05.02.2021
27. ↑ Profil, bundestag.de, abgerufen am 29.11.2022
28. ↑ Jörg Poppelbaum: Johnna Hey, JUVE Steuermarkt, Februar 2018, steuerrecht.uni-koeln.de, abgerufen am 28.11.2022

CDU

Inhaltsverzeichnis

1 Positionen zu Lobbyismus	18
1.1 Bundestagswahl 2025	18
1.2 Bundestagswahl 2021	18
1.3 Bundestagswahl 2017	18
1.4 Bundestagswahl 2013	19
1.5 Bundestagswahl 2009	19
2 Finanzierung	19
2.1 Rechenschaftsberichte	19
2.2 Top-Spender	20
2.3 Gesamteinnahmen	21
2.4 Verdacht der illegalen Einflussspende an die Berliner CDU	22
2.5 Sponsoring	23
3 Wirtschaftsrat der CDU	24
4 Bundesvorsitzender Merz	24
5 Generalsekretär Linnemann	24
6 Bundesgeschäftsführer Birkenmaier	24
7 Beteiligungen an Unternehmen	24

8 Weiterführende Informationen	25
9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	25
10 Einelnachweise	25

Positionen zu Lobbyismus

Bundestagswahl 2025

Das Wahlprogramm der CDU/CSU für die Bundestagswahl 2025 enthält keinerlei Forderungen zu schärferen Regulierung von Parteispenden, Lobbyismus oder für mehr Transparenz.^[1]

Bundestagswahl 2021

Weder im Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2021 noch im Grundsatzprogramm der CDU werden Fragen von Lobbyismus und Transparenz behandelt. Die Union hat jedoch in der 19. Legislatur gemeinsam mit der SPD nach großen Skandalen in der Union ein Lobbyregister und Änderungen im Abgeordnetenrecht geschaffen, die wichtige Schritte hin zu mehr Transparenz bedeuten.

Hintergründe und ausführliche Informationen sind unter [Lobbyregister Deutschland](#) und [Nebentätigkeiten von Bundestagsabgeordneten in Deutschland](#) zu finden.

Bundestagswahl 2017

Die Unionsparteien sind in Sachen Lobbykontrolle bisher vor allem durch Eines aufgefallen: eine strikte Verweigerungshaltung. Ob im Bundestag, in Anhörungen oder bei anderen Auftritten: Unionsvertreter/innen sagten immer wieder, es gäbe keinerlei Handlungsbedarf. Dabei stellten sie immer wieder nachweislich falsche Behauptungen in den Raum. Zum Beispiel, dass Sponsoringeinnahmen der Parteien völlig transparent seien. Im gemeinsamen Wahlprogramm tauchen Themen wie Transparenz oder Schranken für Lobbyist/innen schlachtweg nicht auf.^[2] In der zurückliegenden Wahlperiode und auch zuvor blockierte die Union nahezu alle Initiativen für mehr Lobbykontrolle. So vermochte sie in der Debatte um ein verpflichtendes Lobbyregister „kein Transparenzdefizit“ erkennen und lehnte dementsprechend eine bessere Regelung ab. Ausnahmen waren die mit der SPD im Koalitionsvertrag 2013 vereinbarten Vorhaben zur Karenzzeit und zur Abgeordnetenbestechung (siehe SPD), wobei die Union auch dabei auf möglichst schwache Regeln drängte.

Für sich entdeckte die Union nur einmal ein lobbyritisches Thema: Als im Wahlkampf 2013 die Nebeneinkünfte des SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück für Wirbel sorgten, sparte die Union nicht mit Kritik. Im Ergebnis wurden die Stufen, anhand derer die Abgeordneten ihre Nebeneinkünfte offenlegen müssen, von drei auf zehn erweitert. Während des „Rent-a-Sozi“-Skandals (Ende 2016) um gekauften Zugang zu SPD-Spitzenpolitiker/innen hingegen hielt sich die Union bedeckt und verweigerte politische Konsequenzen. Das mag auch damit zusammenhängen, dass schon vor Jahren ähnliche Zugangsgeschäfte mit den CDU-Ministerpräsidenten Rüttgers und Tillich aufgeflogen waren.

Die Union setzte durch, dass Ex-Finanzminister Theo Waigel, der nach seinem Ausscheiden aus dem Amt in zahlreiche Lobbyjobs wechselte, Mitglied des dreiköpfigen Karenzzeit-Gremiums wurde. Dieses Gremium soll der Bundesregierung Empfehlungen zum Umgang mit eben solchen Seitenwechslern geben.

Interessante Inhalte? Die [Lobbypedia](#) soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie [LobbyControl](#) jetzt mit einer Spende und
werden Sie Teil der [LobbyControl-Gemeinschaft](#). [Dankeschön!](#)



Jetzt spenden!

Bundestagswahl 2013

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 hat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien um Stellungnahme gebeten. Sie sollten Auskunft darüber geben, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker, Abgeordnetenkorruption und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden. Die ausführliche Auswertung der Antworten der Parteien findet sich auf der Seite von [LobbyControl](#).^[3]

Bundestagswahl 2009

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 bat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien ebenfalls um Stellungnahme. Sie sollten Auskunft geben, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker, [Lobbyisten in Ministerien](#) und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden. Die vollständigen Antworten der Parteien und eine detaillierte Auswertung finden sich auf der Webseite von [LobbyControl](#)^[4].

Finanzierung

Die CDU erhielt seit dem Jahr 2000 insgesamt 150.536.032,07 Euro an Großspenden von jeweils über 10.000 Euro, davon 71.186.700,18 Euro von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden. Damit ist die CDU mit großem Abstand Spitzenreiter vor allen anderen Parteien in Deutschland. Einnahmen der Schwesterpartei [CSU](#) sind darin nicht enthalten. Mit Blick auf Lobbyeinflüsse bedenkliche Einnahmen kommen zudem durch [Parteisponsoring](#) zustande, das in den Rechenschaftsberichten jedoch nicht gesondert ausgewiesen wird. Ein Überblick über die gesamten Finanzierungsquellen der Parteien findet sich im Artikel [Parteienfinanzierung](#).

Rechenschaftsberichte

Die Parteien müssen nach dem deutschen Parteispendengesetz § 23 ff. Rechenschaft für ihre Finanzen ablegen, indem sie einen Rechenschaftsbericht verfassen, der von der Bundestagsverwaltung geprüft und veröffentlicht wird. Diese Rechenschaftsberichte werden erst im jeweils übernächsten Jahr veröffentlicht. Sie enthalten u.a. alle Spenden ab einer Grenze von 10.000€. Spenden unterhalb dieser Grenze bleiben in Deutschland intransparent.

Rechenschaftsberichte der CDU

nach Jahren sortiert
Rechenschaftsbericht 2012
Rechenschaftsbericht 2013
Rechenschaftsbericht 2014
Rechenschaftsbericht

nach Jahren sortiert	
2015	Rechenschaftsbericht
2016	Rechenschaftsbericht
2017	Rechenschaftsbericht
2018	Rechenschaftsbericht
2019	Rechenschaftsbericht
2020	Rechenschaftsbericht
2021	Rechenschaftsbericht
2022	Rechenschaftsbericht
2023	Rechenschaftsbericht

Top-Spender

Die 10 Topspender der CDU in den Jahren 2020-2024 waren:

Spender	Summ e	Zusammensetzung
Christoph Alexander Kahl	1.97 8.16 0 €	
DVAG (Firmengeflecht)	1.59 1.00 1 €	Spenden von Deutscher Vermögensberatung AG, Allfinanz Deutsche Vermögensberatung sowie Bundesverband Deutscher Vermögensberater
Familie Gröner	880. 000 €	Spenden von Gröner Family Office GmbH und Christoph Gröner
Schambach, Stephan	1.23 8.00 0 €	
Familie Quandt /Klatten (BMW)	650. 010 €	Spenden von Susanne Klatten, Stefan Quandt und Johanna Quandt
Dr.-Ing. E.h. Martin Herrenknecht	659. 102 €	
Dr. August Oetker	435.	Spenden von Dr. August Oetker KG, Arend Oetker, Alfred Oetker sowie Carl-

KG	500 €	Ferdinand Oetker
Droege Group AG	300. 000 €	
Prof. Dr. Hans Georg Näder	299. 000 €	
Gesamtmetall (Regionalverbände und Bundesverband)	438. 368, 85 €	Spenden von METALL NRW, Südwestmetall, Arbeitgeberverband der Metall- und Elektroindustrie Lüdenscheid sowie Gesamtmetall Gesamtverband der Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie e.V.

Weitere Spender der CDU sind über unsere [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Gesamteinnahmen

Die **Gesamteinnahmen der CDU** setzten sich in den letzten Jahren wie folgt zusammen:

Art der Einnahmen	2023		2022		2021		2020		2019	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	36,2 6	21, 0	36,4 1	26, 7	37, 2	23, 2	37,6 7	24,9 2	37,5 5	24,6 0
Mandatsträgerbeiträge	23,0 6	13,3 6	22,3 2	16,3 7	21,8 9	13,6 5	21,5 4	14,2 5	21,1 2	13,8 4
Spenden von natürlichen Personen	12,3 4	7,1 5	1 4	10,2 7	26, 7	16,6 5	17,9 9	11,9 0	16,2 5	10,6 5
Spenden von juristischen Personen	5,8 4	3,3 8	7,3 4	5,3 8	14,8 2	9,2 4	8,7 5	5,7 9	7,3 1	4,7 9
Aus Unternehmensstätigkeit und Beteiligungen	0, 0	0, 0	0, 0	0, 0	0, 0	0, 0	0, 0	0, 0	0, 0	0, 0
Aus sonstigem Vermögen	3,6 4	2,1 1	1,9 5	1,4 3	1,7 9	1,1 1	5,0 8	3,3 6	2,1 1	1,3 8
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	10,9 1	6,3 1	8, 9	6,5 2	6,1 5	3,8 4	5,7 6	3,8 1	13,4 8	8,8 3
Staatliche Mittel	57,9 6	33,5 7	44,4 6	32,6 1	5 1	31,8 1	53,7 3	35,5 4	54, 1	35,3 9
Sonstige	22,6 6	13,1 2	0,9 8	0,7 2	0,8 1	0, 5	0,6 5	0,4 3	0, 8	0,5 2
Summe	172,664 Mio €		136,36 Mio €		160,36 Mio €		151,16 Mio €		152,63 Mio €	

Art der Einnahmen	2018		2017		2016		2015		2014	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	37,7 4	25,6 2	37,5 7	23,9 8	37, 7	26,0 3	38,7 5	25,6 4	39, 3	28, 7
Mandatsträgerbeiträge	20,7 4	14,0 8	20,0 9	12,8 2	19, 4	13,3 9	17,5 3	11, 6	17, 2	12, 6
Spenden von natürlichen Personen	12,1 1	8,2 2	22,5 8	14,4 1	15,1 3	10,4 5	20,0 6	13,2 8	12,1 4	8, 9
Spenden von juristischen Personen	4,9 7	3,3 7	12,6 3	8,0 6	7,0 5	4,8 7	10,7 4	7,1 1	6,0 5	4, 4
Aus Unternehmensaktivität und Beteiligungen	0, 0	0, 0	0, 0	0, 0	0,0 3	0,0 3	0, 0	0, 0	0, 0	0, 0
Aus sonstigem Vermögen	1,7 4	1,1 8	2,0 2	1,2 9	2,3 2	1, 6	2, 8	1,8 6	3,4 4	2, 5
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	13,2 1	8,9 7	12,7 9	8,1 6	12,8 2	8,8 4	11,6 8	7,7 4	11, 7	8,5 4
Staatliche Mittel	56,1 4	38,1 0	48,3 6	30,8 6	49, 5	34,1 9	48,0 5	31, 8	46, 4	33,8 8
Sonstige	0,6 8	0,4 6	0,6 2	0,4 2	0,9 2	0,6 3	1,4 8	0,9 7	0, 8	0,5 7
Summe	147,3 Mio €		156,7 Mio €		144,83 Mio €		151,1 Mio €		137 Mio €	

Quellen: [5]

Anmerkung: Die Angaben sind aufgerundet, Beispiel: Die Spenden von natürlichen Personen an die CDU im Jahr 2020 beliefen sich auf 17,986 Mio € und wurden auf 17,99 Mio € aufgerundet.

Verdacht der illegalen Einflussspende an die Berliner CDU

Christoph Gröner spendete 2020 insgesamt 820 Tsd. Euro an die Berliner CDU (320 Tsd. Euro als Privatperson und 500 Tsd. Euro über die Gröner Family Office GmbH); 2021 belief sich die Spende von Gröner auf 20 Tsd. Euro. [6][7]

Die beiden Spenden von 2020 waren nach einem von LobbyControl beauftragten Rechtsgutachten wahrscheinlich illegal, weil damit Erwartungen verbunden waren, wie Gröner selbst 2021 öffentlich zugab. [8]

Laut „Tagesspiegel“ vom 19.05.2023 beschäftigte sich der Deutsche Bundestag mit den Großspenden an die CDU. [9] Der Vorgang sei ausgewertet worden, um über ein mögliches weiteres Vorgehen zu entscheiden. Transparency International hatte im Mai 2023 Bundestagspräsidentin Bärbel Bas in einem Brief aufgefordert, dass die Bundestagsverwaltung als zuständige Stelle die Parteispenden überprüfen solle. [10] Ende Juli 2023 wurde bekannt, dass die Bundestagsverwaltung die Prüfung eingestellt hat. "Eine Stellungnahme der CDU habe den in Medienberichten geäußerten Verdacht eines möglichen Verstoßes gegen das Parteiengesetz ausgeräumt" [11]

Anlass der Prüfung waren Recherchen des „Tagesspiegel“, nach denen sowohl Gröner als auch die CDU mehrfach gesagt haben, dass mit den Spenden Absprachen oder Bitten des Unternehmers verbunden seien.

- Im Podcast „Tacheles“ von Deutschlandfunk Kultur“ erklärte Gröner am 8. Mai 2021 zu seiner Großspende: "Ich habe der CDU drei Bedingungen gesetzt. Ich habe gesagt, ich möchte, dass die Kinder im Kinderheim, die behindert sind, genauso viel Geld für ihre Kleider kriegen wie die nichtbehinderten. Die kriegen nämlich 200 Euro weniger. Ich habe gesagt: Wenn das Bundesverfassungsgericht den Mietendeckel nicht abschafft, dann möchte ich auch, dass die CDU den nicht abschafft, aber modifiziert." [\[12\]](#)
- Im Tagesspiegel-Podcast „Berliner & Pfannkuchen“ erklärte Gröner in Bezug auf die Spenden: „Ich habe eine einzige Forderung an den Herrn Wegner gestellt, und die war die, dass ich gesagt habe: „Kinder im Kinderheim, die behindert sind, sollen bitte in Zukunft den gleichen Kleidersatz kriegen wie Kinder, die nicht behindert sind.“ (...)“ Das ist sozusagen schriftlich fixiert.“ [\[13\]](#)
- Auch Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner (CDU) bestätigte 2021 in einem [Interview](#), dass die Spende von Gröner mit Forderungen verbunden war.

Später bestritt Gröner, die Spenden an politische Forderungen geknüpft zu haben: Er habe im Zusammenhang mit den Spenden „nie eine Bitte geäußert, einen Wunsch erklärt, noch eine Bedingung gestellt. Und wenn ich etwas anderes gesagt habe, dann war es im Affekt (...).“ [\[14\]](#) Auch die Gröner Family Business Office GmbH bezeichnete eine Verbindung zwischen Spende und Forderung nun als falsch; es sei in der Öffentlichkeit eine Diskussion entstanden, die diesen Zusammenhang konstruieren möchte. [\[15\]](#) Der Regierende Bürgermeister Kai Wegner (CDU) erklärte, er sei nicht beeinflussbar. [\[16\]](#) Entscheidend sei, dass er politische Entscheidungen von einer solchen Spende nicht abhängig mache. Das werde er nie tun.

Laut LobbyControl offenbart der Fall Gröner große Mängel in der Kontrolle der [Parteienfinanzierung](#) in Deutschland: „Es ist hochproblematisch, wenn bei einer Spende in dieser Größenordnung Verstöße öffentlich zugegeben werden, und die zuständige Stelle davon nicht einmal Notiz nimmt. Das Parteiengesetz muss dringend reformiert werden. Es braucht schärfere Transparenzpflichten und schnellere Offenlegung sowie eine unabhängige und mit mehr Ressourcen ausgestattete Kontrolle. Aber das alleine reicht nicht aus. Spenden in dieser Höhe sind oft mit Erwartungen verbunden, die sich schwer kontrollieren lassen, Parteien aber in Abhängigkeiten bringen. Dies gilt besonders auf Landesebene, wo einzelne Spenden den Großteil des Wahlkampfbudgets einer Partei ausmachen können, wie auch im Fall Gröner. Das wirksamste Mittel, um dieses Problem zu bekämpfen, ist deshalb ein Parteispendendeckel. LobbyControl fordert eine Obergrenze von 50.000 Euro pro Spender:in pro Jahr.“ [\[17\]](#)

Hintergrundanalyse von LobbyControl zu Parteispenden inkl. Kritik an den Spenden von Gröner: [Die Parteispenden steigen, die Intransparenz bleibt](#)

Sponsoring

[Parteisponsoring](#) ist bislang nicht im Parteiengesetz geregelt und fällt daher nicht unter die Transparenzregeln, die für Parteispenden gelten. Die Sponsoren vergangener CDU-Parteitage lassen sich daher nur vereinzelt durch Fotos ausgestellter Sponsorentafeln bestimmen und können z.T. auf den Webseiten der Parteitage eingesehen werden:

- [Sponsoren des 25. Parteitags der CDU](#), 03.-05.12.2012
- [Sponsoren des 29. Parteitags der CDU](#), 05.-07.12. 2016

- Sponsoren des 31. Parteitags der CDU, 07.-08.12. 2018
- Sponsoren des 32. Parteitags der CDU, 22.-23.11.2019
- Sponsoren Landesparteitag Baden-Württemberg, 23.01.2021
- Sponsoren des 34. Parteitags der CDU, 22.01.2022

Wirtschaftsrat der CDU

Der [Wirtschaftsrat der CDU](#), eine Vorfeld-Organisation der CDU, ist eine wichtige Lobbyorganisation von unionsnahen Unternehmern. Die Präsident:innen des Wirtschaftsrats nehmen regelmäßig an den Sitzungen des CDU-Bundesvorstands teil. Sie haben dort zwar kein Stimmrecht, können aber ihr Rederecht wahrnehmen, um die Positionen des Vorstands zu beeinflussen. Am 12. Januar 2022 veröffentlichte [LobbyControl](#) ein [Rechtsgutachten](#), das belegt, dass der Dauergast-Status des Wirtschaftsrats im CDU-Parteivorstand rechts- und satzungswidrig ist. [\[18\]](#) Der Wirtschaftsrat profitiere als Dauergast im Parteivorstand von Sonderprivilegien, obwohl der Verband formal nicht mit der Partei verbunden sei. Am 28. April 2023 hat das CDU-Parteigericht die Klage eines CDU-Mitglieds aus formalen Gründen abgewiesen. [LobbyControl](#) wertet die Urteilsbegründung dennoch als Teilerfolg und wird weitere Schritte prüfen. Hierzu könnte etwa eine erneute Klage eines Parteimitglieds mit Delegiertenstatus vor dem Parteigericht oder der Gang vor das Zivilgericht gehören. [\[19\]](#)

Bundesvorsitzender Merz

[Friedrich Merz](#), Bundesvorsitzender der CDU und Kanzlerkandidat der Union, war Top-Lobbyist und seit 1999 Präsidiumsmitglied und seit 2019 Vizepräsident des [Wirtschaftsrats](#). Nach Kritik durch [LobbyControl](#) im Jahr 2021 gab er beide Posten auf. [\[20\]](#)

Generalsekretär Linnemann

Generalsekretär [Carsten Linnemann](#) war bis 2021 Vorsitzender der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#) der CDU

Bundesgeschäftsführer Birkenmaier

Philipp Birkenmaier war u.a. Leiter des Arbeitsstabs Mittelstandsstrategie im Bundesministerium für Wirtschaft (2019-2020) und Geschäftsführer des Parlamentskreises Mittelstand bei der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (2012-2019) [\[21\]](#)

Beteiligungen an Unternehmen

Laut [Rechenschaftsbericht 2022](#) hält die CDU Mehrheitsbeteiligungen an den folgenden Unternehmen:

- [Union Betriebs GmbH](#), Rheinbach (Medienunternehmen)
- [Kommunal-Verlag GmbH](#) (Medienunternehmen), Berlin
- [CDA Verlagsgesellschaft mbH](#) (Medienunternehmen), Berlin
- [Verlags- und Werbegesellschaft für politische Meinungsbildung mbH](#) (Medienunternehmen), Wiesbaden
- [Domizil Verwaltungs- und Verlagsgesellschaft Niederdeutsche Stimmen GmbH](#), Hannover
- [Verlag für Landespolitik und Werbung GmbH](#) (Medienunternehmen), Kiel
- [V-G-B Verwaltungsgesellschaft für Grundstücke und Beteiligungen mbH](#), Düsseldorf

- Kommunalpolitische Vereinigung Dienstleistungs- und Beratungsgesellschaft mbH, Recklinghausen

Weiterführende Informationen

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einelnachweise

1. ↑ Wahlprogramm von CDU und CSU, cdu.de, abgerufen am 18.02.2025
2. ↑ Programm der Unionsparteien zur Bundestagswahl 2017, pdf (630 kB), abgerufen am 25.08.2017
3. ↑ Wahlprüfsteine 2013 - Wie wollen die Parteien Lobbyismus kontrollieren?, Webseite von LobbyControl, abgerufen am 20.9.2013
4. ↑ Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?, Webseite von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
5. ↑ Rechenschaftsberichte der Bundestagsparteien, bundestag.de, abgerufen am 28.07.2022
6. ↑ Grüner Family Office GmbH, lobbypedia.de, abgerufen am 25.06.2023
7. ↑ Parteispenden über 50.000 Euro 2020, bundestag.de, abgerufen am 25.06.2023
8. ↑ Grüner-Spenden an die CDU: Parteien, verklagt den Bundestag! www.lobbycontrol.de vom 13.09.2023, abgerufen am 27.03.2024
9. ↑ Nach widersprüchlichen Aussagen Bundestag wertet umstrittene Grüner-Spenden an Berliner CDU aus, tagesspiegel.de vom 19.05.2023
10. ↑ Grüner-Spenden an CDU: Transparency International fordert Bundestagsverwaltung zur Prüfung auf, transparency.de vom 17.05.2023, abgerufen am 01.07.2023
11. ↑ Keine "Einflussspende" www.sueddeutsche.de vom 27.07.2023, abgerufen am 27.07.2023
12. ↑ Vom Versagen der Politik und dem Wusch zu bauen, deutschlandfunkkultur.de vom 08.05.2021, abgerufen am 01.07.2023
13. ↑ 800.000-Euro-Spende an die CDU, tagesspiegel.de vom 16.05.2023, abgerufen am 01.07.2023
14. ↑ 800.000-Euro-Spende an die CDU, tagesspiegel.de vom 16.05.2023, abgerufen am 01.07.2023
15. ↑ 800.000-Euro-Spende an die CDU, tagesspiegel.de vom 16.05.2023, abgerufen am 01.07.2023
16. ↑ Wegner dementiert Bedingungen eines Unternehmers für Parteispende, rbb24.de vom 21.05.2023, abgerufen am 01.07.2023
17. ↑ Pressemitteilung vom 19.05.2023, abgerufen am 01.07.2023
18. ↑ Rechtsgutachten bestätigt: Lobbyverband „Wirtschaftsrat“ gehört nicht in den CDU-Parteivorstand, lobbycontrol.de vom 12.01.2022, abgerufen am 14.01.2022
19. ↑ Pressmitteilung vom 28.04.2023, abgerufen am 29.04.2023
20. ↑ LobbyControl auf Twitter am 15.12.2022, abgerufen am 04.08.2022
21. ↑ Dr. Philipp Birkenmaier, linkedin.com, abgerufen am 01.12.2024

Wirtschaftsrat der CDU

Wirtschaftsrat der CDU e.V.

Der **Wirtschaftsrat der CDU** ist einer der einflussreichsten Lobbyverbände in Deutschland. Er ist kein Gremium innerhalb der CDU, sondern zählt als Vorfeld-Organisation der Partei.

Mit einem Gesamtbudget von 20 Mio. € in 2024^[1] und engsten persönlichen Verbindungen zur Bundesregierung gehört der Wirtschaftsrat zu den mächtigsten Lobbyorganisationen in Deutschland. Vier Mitglieder des Kabinetts Merz (inkl. Merz selbst) hatten vorher Funktionärsrollen beim Wirtschaftsrat.^[2]

Auch wenn eine Parteimitgliedschaft nicht notwendig ist, sind viele aktive CDU-Politiker ebenfalls Mitglieder des Wirtschaftsrats. Die prominentesten Beispiele sind der Bundestagsabgeordneten Christian Freiherr von Stetten (Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses)^{[3][4]}, sowie der CDU-Bundesvorsitzende [Friedrich Merz](#), der bis November 2021 sogar Vizepräsident des Wirtschaftsrats war.^[5]

Der Wirtschaftsrat verweist auf politische "Erfolge" etwa bei der Einführung der Schuldenbremse für die öffentlichen Haushalte, der Entschärfung des Klimaschutzplans 2050 oder der Senkung des Arbeitslosenbeitrags.^[6] Durch zielgerichtetes Framing bremst der Wirtschaftsrat Klimaschutz aus.^[7]

Der Wirtschaftsrat hat einen Dauergaststatus im CDU-Bundesvorstand. Dieses Privileg gibt es auch in einigen Bundesländern. In ihnen sitzen dann Landesverbandspräsident:innen des Wirtschaftsrats im CDU-Landesvorstand.^{[8][9][10][11]} In Bayern ist anstelle des Wirtschaftsrats der [Wirtschaftsbeirat Bayern](#) tätig, welcher der CSU nahe steht.^[12]

Inhaltsverzeichnis

1 Studie: Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser	27
2 Aktivitäten	27
3 Rechtswidrigkeit des Dauergast-Status im CDU-Bundesvorstand	28
4 Geschichte	28
5 Fallstudien und Kritik	29
5.1 Forderung nach Kürzungen von Sozialleistungen	29
5.2 Positionen zur Klimakrise: Der Wirtschaftsrat als Klimabremser	30
5.3 Klimaschutz verzögern während der COVID-19-Pandemie	31
5.4 Gegner des Lieferkettengesetzes	31
6 Finanzen	32
7 Zitate	32
8 Organisationsstruktur und Personal	32
9 Mitglieder	39
10 Die Landesverbände	40
11 Netzwerke	40
11.1 Wirtschaftsbeirat Bayern	40
11.2 Ludwig-Erhard-Stiftung	41
12 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	41

Studie: Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser

Mitte März 2021 veröffentlichte LobbyControl eine neue [Studie zum CDU-Wirtschaftsrat](#). In dieser Studie wird die Struktur und Finanzierung des Wirtschaftsrats deutlich und seine Arbeitsweise sowie Nähe zur CDU wird beleuchtet. Einen besonderer Fokus liegt dabei auf der Rolle des Wirtschaftsrats als Bremser des Klimaschutz. Die Studie kritisiert, dass in der medialen Berichterstattung häufig nicht sichtbar ist, dass der Wirtschaftsrat kein parteiinternes Gremium der CDU ist. Der Verband wird nur selten als CDU-naher Verband bezeichnet und fast ebenso häufig mit der CDU gleichgesetzt. [\[13\]](#) Die Studie legt dar: Durch seine rechtliche Form eines Berufsverbandes unterscheidet sich der Wirtschaftsrat grundlegend von der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), die als parteiinterne Vereinigung organisiert ist. In beiden Vereinen ist eine Parteimitgliedschaft allerdings keine Voraussetzung. Als Berufsverband genießt der Wirtschaftsrat Steuervorteile. Diese gehen allerdings nicht mit besonderen Rechenschaftspflichten einher, wie sie etwa für Parteien gelten. Demzufolge ist der Wirtschaftsrat nicht verpflichtet seine Finanzierung offenzulegen. Anders als bei gemeinnützigen Vereinen gibt es keinerlei Beschränkungen in der politischen Tätigkeit. Das ist ein klarer Vorteil. Der Wirtschaftsrat selbst steht für einen problematischen fließenden Übergang zwischen Partei und Lobbyverband. Die Präsidentin des Wirtschaftsrats ist beratendes Mitglied im Parteivorstand der CDU. Die Partei trennt hier nicht sauber zwischen Partei- und Nichtparteiorganisationen und verleiht dem Wirtschaftsrat dadurch eine Sonderstellung. Der Verband spiegelt keineswegs die gesamte Bandbreite unternehmerischer Interessen wieder. [\[14\]](#)

Aktivitäten

Laut [Lobbyregister](#) hat der Wirtschaftsrat die Aufgabe, die Berufs- und Standesinteressen seiner unternehmerischen Mitglieder wahrzunehmen und zu koordinieren und zu diesem Zweck an der Verwirklichung und Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft mitzuarbeiten. Dem Vereinszweck dienen insbesondere

- Maßnahmen zur Unterstützung des freiheitlichen, sozialverpflichteten Unternehmertums auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft
- Zusammenarbeit mit den Parlamenten, Behörden, Verbänden und sonstigen Institutionen in allen berufsständischen und wirtschaftspolitischen Belangen
- Beratung wirtschaftspolitischer Fachgremien
- Veranstaltungen, Seminare und Arbeitskreise über berufsständische und wirtschaftspolitische Fragen
- Öffentlichkeitsarbeit

Der Wirtschaftsrat beschäftigt sich mit den folgenden [Themen](#): Außenhandel, Demografie, Finanzen, Industrie, Infrastruktur und Innovation. Die Veranstaltungen sind [hier](#) abrufbar. Hierzu gehören: Wirtschaftstag, Norddeutscher Wirtschaftstag, Süddeutscher Wirtschaftstag, Wirtschaftstag der Innovationen, Energieklausurtagung, Finanzmarktklausur, Gesundheitssymposium, Junger Wirtschaftstag. Mit seinen [Positionspapieren](#) nimmt der Wirtschaftsrat zu aktuellen Themen Stellung. Außerdem wird das „Trend - Magazin für Soziale Marktwirtschaft“ veröffentlicht. Weiterhin werden Gutachten in Auftrag gegeben (Beispiel: [Rechtsgutachten zum Weiterbetrieb der letzten sechs Atomkraftwerke](#)).

Der Verband dient insbesondere als Forum, um Interessen von Großunternehmen zu bündeln, auf eigenen Veranstaltungen vorzustellen und schließlich bei der CDU durchzusetzen.^[15] Er propagiert auch wirtschafts- und gesellschaftspolitische Vorstellungen, die im Einklang mit den Interessen der Mitgliedsunternehmen stehen (Beispiele: schlanker Staat, Schuldenbremse, mehr Eigenverantwortung, Ablehnung eines Mindestlohns^{[16][17]}). Bei der Verbreitung wirtschaftsliberaler Positionen spielt das Präsidiumsmitglied **Roland Koch** als Vorstandsvorsitzender der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) eine wichtige Rolle.

Der Wirtschaftsrat veranstaltet ein Mal jährlich den Wirtschaftstag, den er als Höhepunkt seiner Arbeit bezeichnet.^[18] Als Lobbyforum mit mehreren 1000 Gästen dient der Wirtschaftstag dem direkten Einfluss von Unternehmen auf die Politik.

Im deutschen Lobbyregister gibt der Wirtschaftsrat an (Stand: 20.06.2023) an

- im Jahr 2022 4.900.001 bis 4.910.000 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und
- 71 bis 80 Lobbyist:innen zu beschäftigen^[19]

Die gesamten Ausgaben des Wirtschaftsrats lagen 2022 bei 15,3 Mio. Euro.^[20]

Rechtswidrigkeit des Dauergast-Status im CDU-Bundesvorstand

Die Präsident:innen des Wirtschaftsrats nehmen regelmäßig an den Sitzungen des CDU-Bundesvorstands teil. Sie haben dort zwar kein Stimmrecht, können aber ihr Rederecht wahrnehmen, um die Positionen des Vorstands zu beeinflussen. Am 12. Januar 2022 veröffentlichte LobbyControl ein [Rechtsgutachten](#), das belegt, dass der Dauergast-Status des Wirtschaftsrats im CDU-Parteivorstand rechts- und satzungswidrig ist.^[21] Der Wirtschaftsrat profitiere als Dauergast im Parteivorstand von Sonderprivilegien, obwohl der Verband formal nicht mit der Partei verbunden sei. Im Mai 2022 hat ein CDU-Mitglied beim Bundesparteigericht Klage gegen das Gastrechts der Präsidentin des Wirtschaftsrats im CDU-Bundesvorstand eingereicht.^[22] Am 28. April 2023 hat das CDU-Parteigericht die Klage aus formalen Gründen abgewiesen. LobbyControl wertet die Urteilsbegründung dennoch als Teilerfolg, da das CDU-Parteigericht dem Sachverhalt als "vertretbare Rechtsauffassung" zumindest teilweise zustimmte.^[23] In einem nächsten juristischen Schritt zog der Kläger im August 2023 vors Landgericht.^[24]

Geschichte

Der Wirtschaftsrat der CDU e.V. wurde 1963 ursprünglich als *Zusammenschluss deutscher Unternehmer auf berufsständischer Basis* in Bonn gegründet. Zu dieser Zeit gab es bereits die *Mittelstandsvereinigung* als parteiinternes Gremium. Um mit diesem nicht in Konkurrenz zu treten, gründete sich der Wirtschaftsrat als eine außenstehende Vereinigung. Eine spätere Fusion der beiden Institutionen scheiterte. Mit dem Namenszusatz „der CDU“ ist der Verein mit Zustimmung der Partei allerdings klar als Partei-Vorfeldorganisation gekennzeichnet. Die selbst erklärte Absicht des Verbandes ist bis heute die Gestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik "im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards".^[25]

Ein Gründungsimpuls des Wirtschaftsrats war die Stärkung unternehmerischer Positionen innerhalb der CDU, deren Gesellschaftspolitik damals noch stark von den Interessen der parteiinternen Sozialausschüsse, wie der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, beeinflusst wurde. Damals verfolgte die CDU klar das Ziel, den Sozialstaat auszubauen und sah sich im Konzept der Sozialpartnerschaft verankert. Insbesondere größere Unternehmen waren zu dieser Zeit stärker auf die FDP ausgerichtet. Durch die Gründung des Wirtschaftsrats sollten sie mehr Zugang zur CDU erhalten. Die Gründung des Wirtschaftsrat war damit ein erster Schritt hin zu einer stärker neoliberal ausgerichteten Sozial- und Wirtschaftspolitik innerhalb der CDU.

Fallstudien und Kritik

Forderung nach Kürzungen von Sozialleistungen

Unter dem Titel „Agenda für die Arbeitnehmer in Deutschland“ fordert der Wirtschaftsrat in einer Pressemitteilung vom 1. Februar 2026 Kürzungen von Sozialleistungen bei gleichzeitigen Steuersenkungen für Unternehmen und Besserverdiener. Zu den Vorschlägen gehören:

- Senkung der Unternehmenssteuersätze
- Begrenzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I auf 12 Monate für alle
- Streichung von Arbeitsmarktprogrammen
- Rückkehr bei der Pflegeversicherung zum Teilkaskoprinzip unter Verweis auf private Zusatzversicherungen
- Überprüfung des Leistungskatalogs bei der Krankenversicherung. So ließen sich etwa Zahndarztbehandlungen generell gut privat absichern und sollten nicht länger im Umlageverfahren den Beitragszahlern zur Last fallen
- Unfallversicherung: Streichung von Unfällen auf Arbeitswegen aus dem Leistungskatalog
- Eine mögliche Abschaffung der Mietpreisbremse wird unter „Politik für die Arbeitnehmer in Deutschland: Aufstiegsversprechen erneuern!“ erwähnt .

Quellen: [\[26\]](#)[\[27\]](#)

Dennis Radtke, Vorsitzender des CDU-Arbeitnehmerflügels CDU, erklärte zur Forderung, dass Beschäftigte zahnärztliche Behandlungen künftig privat versichern sollen: „Das ist sehr teuer. Wer soll das eigentlich bezahlen?“ und weiter: „Hier erklärt eine Gruppe von Superprivilegierten anderen Leuten, worauf diese verzichten sollen. Dass der Wirtschaftsrat von einer Agenda für Arbeitnehmer spricht, ist ja beinahe zynisch, mindestens aber Etikettenschwindel.“[\[28\]](#) Die Süddeutsche Zeitung kommentierte: „Vorschläge, was Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern alles zugemutet werden soll, gibt es reichlich. Vorschläge, was Großverdiener und sehr Vermögende beitragen könnten, um den Sozialstaat neu aufzustellen, hört man dagegen kaum. Angeblich, weil dies der Wirtschaft schadet. Das aber ist Unsinn. Man könnte zum Beispiel bei jenen anfangen, die ohne unternehmerisches Risiko oder Managementleistung von ihrem Vermögen leben.[\[29\]](#)

Positionen zur Klimakrise: Der Wirtschaftsrat als Klimabremser

Zur Bewältigung der Klimakrise setzt der Wirtschaftsrat vor allem auf den Erhalt bestehender Wirtschaftsstrukturen und propagiert Marktmechanismen statt Regulierungen. Vertreter des Wirtschaftsrats setzen sich gegen eine Erhöhung der europäischen Klimaziele oder eine Verschärfung der CO2-Grenzwerte für Autos ein; sie warnen vor einem Niedergang des Wirtschaftsstandorts Deutschland durch mehr

Klimaschutz.^[30] Präsidentin Astrid Hamker forderte die Jugendlichen von Fridays for Future dazu auf, lieber Müll zu sammeln und Verzicht zu üben als freitags zu protestieren. In seinem Jahresbericht wertet es der Wirtschaftsrat als politischen Erfolg, den Klimaschutzplan 2050 des Bundesumweltministeriums "deutlich entschärft" zu haben.^[6]

Der Neujahresempfang 2023 des Landesverbands Sachsen „Neues Jahr - Neue Energieträger“ fand mit dem bekannten Klimafatenleugner Fritz Vahrenholt^{[31][32]} als Referenten statt.^[33] Vahrenholt hat die Initiative [Rettet unsere Industrie](#) gegründet, die vor einem ökonomischen Niedergang warnt: „Die Bevölkerung soll sich auf Strommangel, Frieren und Hungern einstellen, sofern sie die sittenwidrig überhöhten, "grünen" Preise nicht bezahlen kann oder will.“^[34] In einem Interview mit dem Manager-Magazin vom 14. April 2023 erklärte er weiterhin, für die Braunkohle als noch immer preiswerteste Alternative für energieintensive Branchen zu kämpfen.^[35] Laut dem Veranstaltungsbericht haben die Mitglieder des sächsischen Landesverbandes für eine gelebte Technologieoffenheit plädiert und eventuell noch bestehende Scheuklappen für Technologien in der Energieerzeugung jenseits von Wind und Sonne vollends ablegen können. Vahrenholt wies zunächst auf die Bedeutung der Arbeitsplätze in der Erdgas-Industrie hin. Zur Verhinderung einer rohstoffgetriebenen weiteren Preisexplosion forderte er dann als notwendige Schritte die Laufzeitverlängerung der betriebsbereiten Kernkraftwerke, die Eigenförderung von Erdgas in der Nordsee und Fracking in Norddeutschland. Weiterhin bedauerte er, dass das Abscheiden und Verpressen von CO2 in Gesteine (CCS-Carbon Capture) verboten ist. Aus dem Bericht wird deutlich, dass ein überwiegender Teil der Mitglieder des Landesverbands Sachsen am Ausbau der regenerativen Energien überhaupt nicht interessiert ist. Im Rahmen eines politischen Frühstücks der Landesfachkommission „Energiepolitik“ des Landesverbands Hamburg behauptete Vahrenholt 2019, Untersuchungen zeigten, dass der Einfluss des Kohlendioxids auf das Klima etwa halb so groß sei, wie vom Weltklimarat befürchtet.^[36]

Der Landesverband Rheinland-Pfalz des Wirtschaftsrats lädt zu einem Vortrag am 23. April 2024 mit dem Finanzwissenschaftler Stefan Homburg (Thema: "Krisenmodus: Corona, Klima, Rezession"), der laut t-online berüchtigt ist für Desinformation und Lügen rund um Corona.^{[37][38]} Zum menschengemachten Klimawandel habe er die These vertreten, der sei eine ähnliche Legende wie die Coronapandemie. Zu dem genannten Thema hielt Homburg bereits beim 2. Corona-Symposium der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag einen Vortrag.^[39]

Das sogenannte „Bermudadreieck der Energiewende“ spielte eine entscheidende Rolle im Wirtschaftsrat. Gemeint sind die Bundestagsabgeordneten Joachim Pfeiffer und Thomas Bareiß sowie Carsten Linnemann.^[40] Der Begriff kursiert, laut den Journalistinnen Susanne Götze und Joeres, im Bundestag, weil die drei immer wieder als Bremser der Energiewende auffallen, die jeden Fortschritt schlucken. Die Herren äußern sich häufig diffamierend über Klimaschutz und deren Verfechter:innen.^[41] Alle drei sind häufig als Redner zu Gast beim Wirtschaftsrat, Pfeiffer ist außerdem Vorstandsmitglied beim baden-württembergischen Landesverband des Wirtschaftsrats.^[40]

Mit Blick auf die Klimapolitik spiegelt die Mitgliedschaft im Wirtschaftsrat keineswegs die gesamte Bandbreite unternehmerischer Anliegen wider. Es fällt auf, dass Unternehmen aus dem Bereich der erneuerbaren Energien oder andere Akteure der Green Economy zumindest in den öffentlich einsehbaren Gremien des Wirtschaftsrats nicht vertreten sind. Stattdessen dominieren vor allem in den klimapolitisch relevanten Fachkommissionen des Wirtschaftsrates Akteure aus der fossilen Wirtschaft. So wird etwa die Bundesfachkommission *Energiepolitik* von Karsten Wildberger geleitet. Wildberger ist Vorstandsmitglied vom Energieunternehmen E.ON, das bis zur Abspaltung von Uniper fest in der fossil-nuklearen Energiewirtschaft verankert war und sich in Teilen noch heute als Bremser klimafreundlicher Maßnahmen erweist. [42] Armin Eichholz, Vorsitzender der Geschäftsführung des sächsischen Braunkohleunternehmens MIBRAG, ist Mitglied in den Bundesfachkommissionen Energiepolitik sowie Umwelt- und Klimapolitik, in letzterer in der Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden.

Dabei gibt es im Bereich Klimapolitik andere Unternehmenszusammenschlüsse, die Klimaschutzmaßnahmen weitaus positiver sehen und auf Fortschritte drängen – so etwa in der Stiftung 2Grad oder im Verband B.A.U. M. Der Wirtschaftsrat steht damit nicht für die *eine* Stimme der Wirtschaft.

Klimaschutz verzögern während der COVID-19-Pandemie

Der Wirtschaftsrat nutzt die Coronakrise, um im Sinne seiner Mitglieder gezielt Klimaschutzmaßnahmen zu kritisieren. Die Pläne der EU-Kommission, das Klimaziel auf 55 % Prozent verringerte Emissionen bis 2030 anzuheben, nannte Generalsekretär Wolfgang Steiger "eine politische Instinktlosigkeit."^[43] Steiger forderte die Bundesregierung dazu auf, sich auf europäischer Ebene "für eine zeitliche Streckung der klimapolitischen Zielvorgaben einzusetzen." Nach der Coronakrise müssten vielmehr "alle Sonderbelastungen der deutschen Wirtschaft auf den Prüfstand gestellt werden."^[44] Präsidentin Astrid Hamker relativierte in einem Interview die Rolle Deutschlands in Sachen Klimaschutz: "Wir können mit unserem zwei Prozentanteil das Weltklima nicht retten, selbst wenn wir ihn auf Null reduzieren könnten. Also können wir allein durch unser Vorbild wirken. Dafür müssen wir aber die führende Industrienation bleiben [...]."^[45] Der Europäischen Kommission warf Hamker vor, durch den European Green Deal die Industriepolitik zu vernachlässigen und mit "zu viel Zeitgeist und zu wenig ökonomische[r] Vernunft" zu agieren.^[45]

Gegner des Lieferkettengesetzes

Der Wirtschaftsrat bemühte sich durch Lobbyarbeit darum, den geplanten Beschluss des Lieferkettengesetzes zu verhindern. Dieses Gesetz sollte Unternehmen dazu verpflichten, ihren Sorgfaltspflichten in der globalen Produktion nachzukommen. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards. In zahlreichen Pressemitteilungen forderte der Wirtschaftsrat einen Stopp des Gesetzes; sein Generalsekretär Wolfgang Steiger bezeichnete es als „realitätsfern“ und unterstellt den zuständigen Ministerien ein „tiefes unternehmerfeindliches Misstrauen [...].“^[46] Weiter behauptete Steiger, dass sich nach einer Einführung des Lieferkettengesetzes „deutsche Unternehmen aus schwierigen Märkten zurückziehen“ würden. So werde „wirtschaftliche Entwicklung vor Ort fahrlässig verhindert.“^[46]

Das Lieferkettengesetz sollte es Betroffenen ermöglichen, vor deutschen Zivilgerichten Schadensersatz einzufordern, wenn Unternehmen durch Verstöße gegen ihre Sorgfaltspflichten in ihren Aktivitäten oder Geschäftsbeziehungen vorhersehbare und vermeidbare Schäden mitverursachen.^[47] Der Wirtschaftsrat versuchte diesen Kerngehalt des Lieferkettengesetzes zu verwässern. Er fordert, eine zivilrechtliche Haftung auszuschließen und Unternehmen mit weniger als 10.000 Mitarbeitern von dem Gesetz auszuschließen.^[46]

Auch der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirates des Wirtschaftsrats [Lars P. Feld](#) ist ein prominenter Kritiker des Lieferkettengesetzes: "Mit einem Lieferkettengesetz wird die Axt an das bisherige Erfolgsmodell der deutschen Wirtschaft mit stark internationalisierten Wertschöpfungsketten und einer starken Produktion im Ausland gelegt", so [Feld](#). ^[48] Feld machte deutlich, dass er „mit großem Entsetzen“ auf die Idee des Lieferkettengesetzes schaue. ^[49] Die Initiative Lieferkettengesetz hatte kritisiert, dass Wirtschaftsverbände und einzelne Wirtschaftswissenschaftler Vorschläge für das Lieferkettengesetz oftmals falsch darstellten und ein Untergangsszenario für die deutsche Exportwirtschaft heraufbeschwörten, das sachlichen Grundlagen entbehre. "Mitunter stellt sich die Frage, ob sie dabei als Wissenschaftler oder Lobbyisten auftreten", sagte Karolin Seitz, Programme Officer beim Global Policy Forum (GPF). ^[50]

Die Tagesschau hatte im Juni 2021 berichtet, dass die konzertierte Lobbyarbeit von Verbänden und Teilen der CDU Erfolg gezeigt hätten, die „*Regelungen wurden abgeschwächt*“. ^[51] Ein [LobbyControl](#) Hintergrundartikel über die Rolle des Wirtschaftsrates bei der Verwässerung des deutschen Lieferkettengesetzes findet sich [hier](#).

Finanzen

Die Gesamterträge des Wirtschaftsrats lagen 2022 bei ca. 18,4 Mio. Euro, wovon ca. 15,3 Mio. Euro auf Mitgliedsbeiträge und ca. 1,8 Mio. Euro auf Veranstaltungs- und Anzeigenerlöse entfielen. ^[52] Veranstaltung des Wirtschaftsrats werden regelmäßig von Unternehmen gesponsert, so [60 Jahre Wirtschaftsrat, 75 Jahre Soziale Marktwirtschaft -Freiheit, Verantwortung, Zusammenhalt](#) von der Dr. Wolff-Gruppe, der ING Group und der Media Saturn Retail Group.

Zitate

Astrid Hamker (Präsidentin) zu Fridays for Future:

"Ich hoffe, dass sich die Schüler einbringen und vor allem: Dass auch sie konkret im eigenen Handeln werden. Dazu gehört auch, nach ihren Demonstrationen nicht so viel auf den Straßen zu hinterlassen oder Müll im Wald aufzusammeln. Dazu gehört der Verzicht auf Schiffsreisen mit den Eltern, Flüge zu Freunden und auf Kaffeebecher bei Starbucks zum Mitnehmen. " ^[30]

[Lars P. Feld](#) (Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats) über die geplante Einführung des Lieferkettengesetzes:

"Mit einem Lieferkettengesetz wird die Axt an das bisherige Erfolgsmodell der deutschen Wirtschaft mit stark internationalisierten Wertschöpfungsketten und einer starken Produktion im Ausland gelegt." ^[53] ([finanznachrichten.de](#))

Organisationsstruktur und Personal

Die Gremien des Wirtschaftsrates der CDU bestehen aus dem Präsidium, dem Bundesvorstand und dem Wissenschaftlichen Beirat. Seine operative Lobbyarbeit ist in diverse Bundesfachkommissionen und Bundesarbeitsgruppen unterteilt.

Das Präsidium

Position	Name	Tätigkeit
Präsidentin	Astrid Hamker	<ul style="list-style-type: none"> • Piepenbrock Unternehmensgruppe, Gesellschafterin und Mitglied des Beirates • beratende Teilnehmerin des CDU-Bundesvorstands
Vizepräsident	Karsten Wildberger	<ul style="list-style-type: none"> • CECONOMY AG, CEO
Vizepräsidentin und Vorsitzende des Beirats Familienunternehmen	Bettina Würth	<ul style="list-style-type: none"> • Würth-Gruppe, Vorsitzende des Beirats • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied
Generalsekretär	Wolfgang Steiger	<ul style="list-style-type: none"> • Unternehmer, ehem. Mitglied des Bundestags (CDU)
Schatzmeister	Dr. Joachim von Schorlemer	<ul style="list-style-type: none"> • ING-DiBA AG, Berater des Vorstands
Mitglied	Roland Koch	<ul style="list-style-type: none"> • Ludwig-Erhard-Stiftung, Vorsitzender, ehem. Ministerpräsident Hessens
Mitglied	Christian Sewing	<ul style="list-style-type: none"> • Deutsche Bank, Vorsitzender des Vorstands
Mitglied	Christian Freiherr von Stetten	<ul style="list-style-type: none"> • Parlamentskreis Mittelstand, Vorsitzender • Handwerks- und Mittelstandspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
ehem. Mitglied (in beratender Funktion)	Günther Oettinger [5 4]	<ul style="list-style-type: none"> • ehem. EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft
Weitere Mitglieder	Paul Bauwens-Adenauer, Nikolaus Breuel, Rainer Berthan, Heike Eckert, Thomas Saueressig, Joachim Rudolf, Stefan Schulte, Jürgen M. Geißinger, Kai Hankeln, Matthias Niewodniczanski, Selina Stihl, Dr. Michael Strugl	

(Stand: November 2023) [\[55\]](#)

Der Bundesvorstand

Dem Bundesvorstand gehören neben dem Präsidium weitere 53 Mitglieder an, darunter u.a. die folgenden Personen:

Name	Tätigkeit
Karl Friedrich von Hohenzollern	Unternehmer
Florian Rentsch	Verband der Sparda-Banken e.V., Vorsitzender des Vorstandes
Hildegard Müller	Verband der Automobilindustrie e.V., Präsidentin

Name	Tätigkeit
Marianne Janik	Microsoft Deutschland GmbH, Vorsitzende der Geschäftsführung
Daniela Geretshuber	PwC GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Chief People Officer
Kristina Sinemus	Staatsministerin Hessisches Ministerium für Digitale Strategie und Entwicklung
Corina Grajetzky	RWE, Leiterin der EU-Repräsentanz
Helge Lach	Deutsche Vermögensberatung AG, Mitglied des Vorstands

(Stand: November 2023) [\[56\]](#)

Die Bundesfachkommissionen

Es bestehen 21 Bundesfachkommissionen, 14 Bundesarbeitsgruppen sowie rund 100 Landesfachkommissionen und -arbeitskreise. In Bundesfachkommissionen und -arbeitsgruppen beraten Unternehmer all jene für die Wirtschaft relevanten Gesetzesvorhaben und Initiativen weit vor der Verabschiedung durch die Parlamente. Dadurch fließen die Änderungsvorschläge und Stellungnahmen frühzeitig in den parlamentarischen Entscheidungsprozess ein.

Bundesfachkommission	Vorsitz	Unternehmen
Arbeitsmarkt und Alterssicherung	Hans Joachim Reinke	Union Asset Management Holding AG, Vorstandsvorsitzender
Bau, Immobilien und Smart Cities	Lars von Lackum	LEG Immobilien SE, Vorstandsvorsitzender
Beirat Familienunterneh men	Bettina Würth	Adolf Würth GmbH & Co. KG, Vorsitzende des Beirates der Würth-Gruppe
Beirat Zukunft Europa	Axel Weber	Präsident der Deutschen Bundesbank a.D., Verwaltungspräsident der UBS AG
	Frank	
Digital Health	Warten berg	Central Europe IQVIA Commercial GmbH & Co. OHG, Präsident
	Marc	
Energieeffizienz	Andree Groos	Vaillant GmbH, Geschäftsführer
	Nikolau	
Energiepolitik	s Valerius	RWE Generation SE, COO
Europäische Finanzmarkt- und Währungspolitik	Lutz Dieder chs	BNP Paribas Group, Chairman of the Group Management Board Germany
Gesundheitswirts chaft	Kai Hankel	Asklepios Kliniken GmbH & Co. KGaA, CEO
Handel,		

Bundesfachkommission **Vorsitz Unternehmen**

Ernährung und Verbraucherschutz Christo Lidl Stiftung & Co. KG, Vorstand Einkauf International
ph Pohl

z

Handel und Konsumgüter	Christo ph Werner	dm-drogeriemarkt GmbH & Co. KG, Vorsitzender
Industriebeirat	Michael Frick	Mahle GmbH, Geschäftsführer
	Petra	
Innovationsforum	Justenh oven	PwC, Sprecherin der Geschäftsführung
Internationaler Kreis	Jürgen Geißing	MTU Aero Engines AG, Mitglied des Aufsichtsrats
Internet und Digitale Wirtschaft	Florian Roth	SAP SE, CIO & CDO
Künstliche Intelligenz und Wertschöpfung 4.0	Christia n Korff	Cisco Systems GmbH, Mitglied der Geschäftsleitung
	Matthia	
Steuern	S Obernd örfer	KPMG AG, Mitglied des Vorstands
Umwelt- und Klimaschutz	Detlev Woeste	H&R GmbH & Co. KGaA, Geschäftsführer
Verkehr, Infrastruktur, Mobilität 4.0	Werner Kook	Rethmann SE & Co. KG, Generalbeauftragter
Wissenschaftliche Beirat	Lars P. Feld	Leiter des Walter Eucken Instituts, Persönlicher Beauftragter des Bundesministers der Finanzen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, Vorsitzender des Sachverständigenrates a.D. (Wirtschaftsweiser)

(Stand: November 2023) [57][58]

Die Bundesarbeitsgruppen

Bundesarbeitsgruppe **Vorsitz Unternehmen**

Cybersicherheit Timo Kob HiSolutions AG, Gründer und Vorstand
Frank

Bundesarbeitsgruppe	Vorsitz	Unternehmen
Energie für Mobilität	Hiller	DEUTZ AG, Vorstandsvorsitzender
Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik	Marco R. Fuchs	OHB SE, Vorstandsvorsitzender/CEO
Digital Finance	Karl Matthäus Schmidt	Quirin Privatbank AG, Vorstandsvorsitzender
Gigabit-Gesellschaft	Michael Jungwirth	Vodafone GmbH, Mitglied der Geschäftsleitung
Krankenhausreform	Michael Dieckman	AMEOS Gruppe, CDO und Mitglied des Vorstandes
Mehr Privat für einen starken Staat	Erhard Weimann	Staatssekretär a.D., EGW Strategie-Beratung
Pflege	Thomas Flotow	PFLEGEN & WOHNEN HAMBURG GmbH, Geschäftsführer
Private Altersvorsorge	Ralf Berndt	Stuttgarter Lebensversicherung a.G., Vorstand
Rohstoffpolitik	Volker Backs	Speira GmbH, Geschäftsführer und Arbeitsdirektor
Staatsfinanzen	Patricia Lips	MdB, Stellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Startups	Stephanie Renda	Bundesverband Deutsche Startups, Vorstand und stellv. Vorsitzende vom Beirat Junge Digitale Wirtschaft beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

(Stand: November 2023) [\[59\]](#)

Der Wissenschaftliche Beirat

Der Wissenschaftliche Beirat steht unter der Leitung von [Lars P. Feld](#), dem Leiter des neoliberalen [Walter Eucken Instituts](#) und Berater von Bundesfinanzminister Lindner.

Mitglieder	Akademische Position
Lars P. Feld (Leitung)	<ul style="list-style-type: none"> • Persönlicher Beauftragter des Bundesministers der Finanzen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung • Walter Eucken Institut, Direktor/Vorstandsvorsitzender • Stiftung Marktwirtschaft, Sprecher des "Kronberger Kreises" • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied
	<ul style="list-style-type: none"> • Energiewirtschaftliches Institut (EWI), Direktor

Mitglieder	Akademische Position
Marc Oliver Bettzüge	<ul style="list-style-type: none"> • Expertenrat für Klimafragen der Bundesregierung, Mitglied • Rhenag, Mitglied des Verwaltungsrats
Holger Bonin	Institute for Advanced Studies (IHS) in Wien, Direktor
Axel Börsch-Supan	<ul style="list-style-type: none"> • Munich Center for the Economics of Aging, Direktor emeritus • Amundi Deutschland GmbH, Mitglied des Aufsichtsrats • Kommission Verlässlicher Generationenvertrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Mitglied
Alexander Eisenkopf	Zeppelin Universität Friedrichshafen gGmbH, Leiter des Lehrstuhl für Wirtschafts- und Verkehrspolitik
Joachim Englisch	Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Leiter des Institut für Steuerrecht
Gabriel Felbermayr	<ul style="list-style-type: none"> • Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO), Direktor • Stiftung Familienunternehmen, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
Clemens Fuest	<ul style="list-style-type: none"> • ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Präsident • Ludwig-Maximilians-Universität München, Professor für Volkswirtschaftslehre • Stiftung Marktwirtschaft, Mitglied des "Kronberger Kreises" • Stiftung Familienunternehmen, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
Wolfgang Greiner	<ul style="list-style-type: none"> • Universität Bielefeld, Inhaber des Lehrstuhls für "Gesundheitsökonomie und Gesundheitsmanagement" • Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen beim Bundesgesundheitsministerium, Mitglied
Andreas Hackethal	<ul style="list-style-type: none"> • Johann Wolfgang Goethe-Universität, Professor für Finanzen, House of Finance • BaFin, Vorsitzender des Fachbeirats • Bundesministerium der Finanzen, Mitglied der Börsensachverständigenkommission
Siegfried Handschuh	Universität St. Gallen, Full Professor of Data Science
	<ul style="list-style-type: none"> • Düsseldorf Institute for Competition Economics, Direktor • ECONWATCH, Präsident

Mitglieder	Akademische Position
Justus Haucap	<ul style="list-style-type: none"> • Stiftung Marktwirtschaft, Mitglied des "Kronberger Kreises " • Prometheus, Mitglied des Kuratoriums • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied
Johanna Hey	<ul style="list-style-type: none"> • Universität zu Köln, Direktorin des Institut Finanzen und Steuern • Institut Finanzen und Steuern, Mitglied des Vorstands • Berliner Steuergespräche, Vorsitzende des Vorstands • Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Gründungsmitglied
Michael Hüther	<ul style="list-style-type: none"> • Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Direktor und Mitglied des Präsidiums • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied • Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), ehem. Kurator und Botschafter
Jürgen Kühling	<ul style="list-style-type: none"> • Universität Regensburg, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Immobilienrecht, Infrastrukturrecht und Informationsrecht • Monopolkommission, Mitglied
Reimund Neugebauer	Fraunhofer-Gesellschaft, Präsident
Christoph M. Schmidt	<ul style="list-style-type: none"> • Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Präsident • European Sounding Board on Innovation (ESBI) des EU-Kommissars für Forschung und Entwicklung, Mitglied • Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung, Stellv. Vorsitzender des Kuratoriums • BMW, Mitglied des Aufsichtsrats
Christoph Spengel	Universität Mannheim, Lehrstuhl für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre und betriebswirtschaftliche Steuerlehre
Jens Strüker	<ul style="list-style-type: none"> • Fraunhofer Blockchain-Labor, Leiter • Forschungsinstitut für Informationsmanagement, Direktor
Volker Ulrich	<ul style="list-style-type: none"> • Universität Bayreuth, Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre III, insb. Finanzwissenschaft • Bundesamt für Soziale Sicherung (BAS), Vorsitzender des Beirats
Ludger Wössmann	<ul style="list-style-type: none"> • ifo Zentrum für Bildungsökonomik, Leiter • Ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Professor für Volkswirtschaftslehre

(Stand: Dezember 2023) [\[60\]](#)

Junger Wirtschaftsrat

Der Junge Wirtschaftsrat ist eine Jugendorganisation des Wirtschaftsrates.[\[61\]](#) Bundesvorsitzende ist seit 2021 Caroline Bosbach, Tochter des CDU-Politikers Wolfgang Bosbach.[\[62\]](#) In seiner Funktionsweise folgt der Junge Wirtschaftsrat seiner Überorganisation. Der Junge Wirtschaftsrat ist in 15 Landesverbänden vertreten [\[63\]](#) und veranstaltet Junge Wirtschaftstage. Zu diesen werden auch prominente Gäste eingeladen, wie Armin Laschet MdB (ehem. Ministerpräsident), Johannes Vogel MdB (Erster parl. Geschäftsführer der FDP-Fraktion), Gitta Connemann MdB (Bundesvorsitzende der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#)). Florian Reuther (Verbandsdirektor beim [Verband der Privaten Krankenversicherung](#)) sowie Helge Lach (Vorstandsmitglied in [Deutsche Vermögensberatung AG](#)).[\[64\]](#) Inhaltlich vertritt der Junge Wirtschaftsrat weitgehend die selben Positionen wie der Wirtschaftsrat.

TREND-Magazin

Seit dem 01.12.1979 [\[65\]](#) veröffentlicht der Wirtschaftsrat mehrmals im Jahr die Mitgliederzeitschrift "TREND-Magazin für Soziale Marktwirtschaft".[\[66\]](#)

Mitglieder

Der Wirtschaftsrat macht seine Mitglieder selbst nicht transparent. Laut Satzung können sowohl natürliche Personen, als auch Unternehmen und Unternehmensverbände Mitglied werden.

Im deutschen Lobbyregister finden sich (Stand Juli 2025) 473 Unternehmen oder Verbände, die angeben, Mitglied im Wirtschaftsrat zu sein. Darunter sind zum Beispiel:

- [Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft](#)
- [Verband der Automobilindustrie](#)
- [BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft](#)
- [Verband der Chemischen Industrie](#)
- [VKU - Verband kommunaler Unternehmen](#)
- [Bundesverband deutscher Banken](#)
- [Verband Forschender Arzneimittelhersteller](#)
- [Deutscher Bauernverband](#)
- [BASF SE](#)
- [Hauptverband der Deutschen Bauindustrie](#)
- [Huawei](#)
- [Rud Pedersen Public Affairs Germany](#)
- [Bayer AG](#)
- [Microsoft Deutschland](#)
- [BMW](#)
- [Rheinmetall AG](#)

Die Landesverbände

Neben den deutschen Landesverbänden (gegliedert nach Bundesländern) gibt es den Wirtschaftsrat Brüssel (Landesverband Brüssel) und den Wirtschaftsrat [Sektion New York](#), in dem [Friedrich Merz](#) Mitglied im Gründerkreis ist.

Die Veranstaltungen des **Wirtschaftsrats Brüssel** sind [hier](#) abrufbar. Es gibt die folgenden Arbeitsgruppen: [Europäische Energiewende](#), [Europäischer Digitaler Binnenmarkt](#), [Europäische Finanzwirtschaft](#). Im [EU Transparenzregister](#) (Stand: 09.05.2023) gibt der Wirtschaftsrat an, im Jahr 2022 200.000 - 299.999 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und drei Personen zu beschäftigen. Von 2014 bis Juni 2023 gab es 26 Treffen mit Vertretern der EU-Kommission. Die Vorstandsmitglieder sind [hier](#) abrufbar. Leiterin der EU-Repräsentanz ist Corinna Grajetzky (RWE AG). Mitglied im Landesvorstand Brüssel ist [Andreas Schwab](#), MdEP (CDU/EVP). [Günther Oettinger](#), ehemaliger EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, war (beratendes) Mitglied des Präsidiums. [\[54\]](#)

Ein Beispiel für die Lobbyarbeit in Brüssel ist der Dialog des Wirtschaftsrats Rheinland-Pfalz mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments im Dezember 2022, über den wie folgt berichtet wurde^[67]:

"Die Unternehmer der Wirtschaftsrat-Delegation aus Rheinland-Pfalz tauschten sich...über die Taxonomie Verordnung, das Lieferkettengesetz, Mobilität, Klimaschutz und über die Arbeit der in Brüssel vertretenen Verbände aus. Im Fokus: das Europäische Parlament und die Prozesse mit Europäischem Rat, Rat der Europäischen Union und Kommission. Die Delegation sprach mit den Europa Abgeordneten Christine Schneider, Ralf Seekatz, Jens Gieseke und Nicola Beer, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments sowie Daniel Bolder, Leiter Europabüro Zentraler Immobilien Ausschuss und Branwel Miles, Repräsentantin der großen europäischen Landwirtschaftsorganisation Copa-Cogeca. „Kein Nachweis nach Passieren der Grenze“, ist die Forderung von Christine Schneider beim Lieferkettengesetz. Damit meint sie Vorleistungsgüter oder Fertigerzeugnisse, die deutsche Unternehmen beziehen. Die Abgeordnete aus Landau vertritt den Grundsatz „Anreize statt Verbote“ und „kein Gesetz wenn man es nicht regeln kann“. Daniel Bolder machte die Prozesse in Brüssel an der Immobilienwirtschaft deutlich, die sein Verband über die gesamte Wertschöpfungskette vertritt. „Man kann mit der Kommission reden“, sagt er. Am Beispiel Taxonomie zeigt er, wie seine Vertretung beim Gang durch die Konsultationsverfahren große Erfolge für den Gebäudesektor erzielt hat."

Weiterführende Informationen: [EU-Transparenzregister Wirtschaftsrat der CDU](#), [Landesverband Brüssel](#)

Netzwerke

Wirtschaftsbeirat Bayern

Im Freistaat Bayern arbeitet der Wirtschaftsrat mit mit dem [Wirtschaftsbeirat Bayern](#), einer Lobbyorganisation CSU-naher Unternehmen, zusammen.

Ludwig-Erhard-Stiftung

Zwischen dem Wirtschaftsrat und der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) gibt es enge personelle Verflechtungen (Stand: 12/2023). So ist das Präsidiumsmitglied [Roland Koch](#) Vorstandsvorsitzender der Stiftung. Bettina Würth, Vizepräsidentin und Vorsitzende des Beirats "Familienunternehmen", ist Mitglied der Stiftung. Außerdem sind die folgenden Beiratsmitglieder Mitglieder der Stiftung:

- [Christoph Werner](#) (Vorsitzender des Beirats „Handel und Konsumgüter“)
- [Michael Hüther](#) (Stellv. Vorsitzender des „Industriebeirats“ und Mitglied des „Wissenschaftlichen Beirats“)
- [Lars P. Feld](#) (Vorsitzender des „Wissenschaftlichen Beirats“)
- [Justus Haucap](#) (Mitglied des „Wissenschaftlichen Beirats“ und Leiter des Think Tanks „Deregulierung“)

2018 gaben der [Wirtschaftsrat der CDU](#) und die Stiftung bekannt, dass sie in Zukunft enger zusammenarbeiten werden.^[68] In diesem Zusammenhang wurde die gemeinsame Veranstaltungsreihe „Europa-Forum“ ins Leben gerufen.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einelnachweise

1. ↑ [Jahresabschluss 2024 des Wirtschaftsrats](#) lobbyregister.de, abgerufen am 02.07.2025
2. ↑ [Lobbypersonal: Interessenkonflikte am Kabinettstisch](#) www.lobbycontrol.de vom 30.05.2025, abgerufen am 18.06.2025
3. ↑ [Internetseite von Christian von Stetten](#), abgerufen am 20.11.2023.
4. ↑ [Präsidium Wirtschaftsrat](#), abgerufen am 20.11.2023.
5. ↑ [CDU Wirtschaftsrat wählt Friedrich Merz zum Vizepräsidenten](#), faz.net vom 04.06.2019, abgerufen am 20.11.2023
6. ↑ [6,06,1 Imagebroschüre 2019: Die Stimme der Sozialen Marktwirtschaft, S. 20](#), wirtschaftsrat.de vom 29.07.2019, abgerufen am 22.11.2023.
7. ↑ [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.43-44](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 20.11.2023.
8. ↑ [CDU-Landesvorstand Bremen](#), cdu-bremen.de, abgerufen am 21.11.2023
9. ↑ [Landesverband Bremen](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 21.11.2023
10. ↑ [CDU-Landesvorstand Hamburg](#), cduhamburg.de, abgerufen am 21.11.2023
11. ↑ [Landesverband Hamburg](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 21.11.2023
12. ↑ [Homepage Wirtschaftsbeirat Bayern](#), wbu.de, abgerufen am 21.11.2023
13. ↑ [Neue Studie: Die Klimabremser-Lobby im Machtzentrum der CDU](#), lobbycontrol.de vom 16.03.2021, abgerufen am 22.11.2023

14. ↑ [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.4-7](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 22.11.2023.
15. ↑ [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.43-44](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 20.11.2023.
16. ↑ [Wirtschaftsrat: Mit EU-Mindestlohn wird Kompetenz er Nationalstaaten überschritten](#), wirtschaftsrat.de vom 14.09.2022, abgerufen am 31.12.2023
17. ↑ [Jetzt zeigen sich die Gefahren des Mindestlohns](#), ludwig-erhard.de vom 07.06.2023, abgerufen am 31.12.2023
18. ↑ [Der Wirtschaftstag](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 11.11.2020.
19. ↑ [Wirtschaftsrat der CDU](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 30.12.2023
20. ↑ [Haushalt 2022](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 29.12.2023
21. ↑ [Rechtsgutachten bestätigt: Lobbyverband „Wirtschaftsrat“ gehört nicht in den CDU-Parteivorstand](#), lobbycontrol.de vom 12.01.2022, abgerufen am 14.01.2022
22. ↑ [Umstrittene Gastfreundschaft](#), sueddeutsche.de vom 10.05.2022, abgerufen am 27.11.2022
23. ↑ [Pressmitteilung: CDU-Gericht weist Klage ab: LobbyControl wertet Urteilsbegründung dennoch als Teilerfolg](#), lobbycontrol.de vom 28.04.2023, abgerufen am 22.11.2023
24. ↑ [Twitter Lobbycontrol](#), twitter.com vom 23.08.2023, abgerufen am 21.11.2023
25. ↑ [Webseite Wirtschaftsrat der CDU](#), abgerufen am 07.03.2012.
26. ↑ [Wirtschaftsrat fordert Agenda für die Arbeitnehmer in Deutschland](#), wirtschaftsrat.de vom 01.02.2026, abgerufen am 02-02.2026
27. ↑ [Der CDU-Wirtschaftsrat will eine Agenda für die Reichsten](#), surplusmagazin.de vom 03.02.2026, abgerufen am 03.02.2026
28. ↑ [Ist das eine Agenda von „Superprivilegierten“?](#), sueddeutsche.de vom 01.02.2026, abgerufen am 02.02.2026
29. ↑ [Ist das eine Agenda von „Superprivilegierten“?](#), sueddeutsche.de vom 01.02.2026, abgerufen am 02.02.2026
30. ↑ [30.030,1 Jahresbericht 2019 S.6](#), wirtschaftsrat.de vom März 2020, abgerufen am 22.11.2023 im WebArchive.
31. ↑ [Wie Fritz Vahrenholt den Bundestag für dumm verkaufen wollte](#), scilogs.spectrum.de vom 12.09.2019, abgerufen am 23.06.2023
32. ↑ [Vahrenholt im Faktencheck](#), energiewende.de vom 15.10.2023, abgerufen am 20.02.2024
33. ↑ [Neujahresempfang](#), wirtschaftsrat.de vom 01.02.2023
34. ↑ [Aufruf „Rettet unsere Industrie“](#), rettet-unsere-industrie.de, abgerufen am 23.06.2023
35. ↑ [Publikationen/Rundbrief](#), vahrenholt.net, abgerufen am 23.06.2023
36. ↑ [Starke Zweifel am Klimanotstand](#), wirtschaftsrat.de vom 11.11.2019, abgerufen am 16.02.2024
37. ↑ [Veranstaltung](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 06.04.2024
38. ↑ [CDU-Wirtschaftsrat irritiert mit pikanter Einladung](#), t-online.de vom 05.04.2024, abgerufen am 06.04.2024
39. ↑ [Corona-Symposium](#), youtube.com, abgerufen am 06.04.2024
40. ↑ [40,040,1 Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.33-37](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 22.11.2023.
41. ↑ [Susanne Götze, Annika Joeres: Die Klimaschmutzlobby. Wie Politiker und Wirtschaftstlenker die Zukunft unseres Planeten verkaufen](#), München 2020, S. 182 ff.
42. ↑ [E.ON-RWE-Deal contra Energiewende?](#), solarserver.de, vom 18.09.2019, abgerufen am 22.11.2023, sowie [E.ON kündigt Investitionen zur Wiederbelebung der Wirtschaft an](#), windmesse.de, vom 12.05.2020, abgerufen am 22.11.2023.

43. ↑ [CDU-Wirtschaftsrat nennt EU-Klimaplan "Instinktlosigkeit"](#), finanztreff.de vom 08.09.2020, abgerufen am 22.11.2023 im WebArchive.
44. ↑ [Wie die Pandemie das Klima schützt - und bedroht](#), sueddeutsche.de vom 12.04.2020 abgerufen am 13.11.2020.
45. ↑ [45,045,1 "Nicht alles nur durch die Klimabrille sehen"](#), rp-online.de vom 21.10.2019 abgerufen am 13.11.2020.
46. ↑ [46,046,146,2 Pressemitteilung: Lieferkettengesetz realitätsfern und falsches Signal in der Krise](#), wirtschaftsrat.de vom 27.10.2020, abgerufen am 23.11.2023.
47. ↑ [BMZ, Faire globale Liefer- und Wertschöpfungsketten](#), bmz.de, abgerufen am 22.11.2023 im WebArchive.
48. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz legt Axt an Erfolgsmodell](#), finanznachrichten.de vom 26.08.2020, abgerufen am 23.11.2023.
49. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz schadet der Wirtschaft](#), abendzeitung-münchen.de vom 26.08.2020, abgerufen am 23.11.2023.
50. ↑ [Zum Tag der Industrie: Große Unternehmensverbände wollen Rückschritte beim Menschenrechtsschutz - Initiative Lieferkettengesetz zeigt Einflussnahme von Unternehmensverbänden auf Positionen des Wirtschaftsministeriums](#) lieferkettengesetz.de vom 05.10.2020, abgerufen am 10.11.2022
51. ↑ [Wie Lobbyisten "mitgearbeitet" haben](#) tageschau.de vom 22.02.2022, abgerufen am 10.11.2022
52. ↑ [Haushalt 2022](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 29.12.2023
53. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz legt Axt an Erfolgsmodell](#), finanznachrichten.de vom 26.08.2020, abgerufen am 11.11.2020.
54. ↑ [54,054,1 Jahresbericht 2020, S. 13](#) wirtschaftsrat.de vom Juni 2021, abgerufen am 23.11.2023 im WebArchive
55. ↑ [Präsidium Wirtschaftsrat](#), abgerufen am 22.11.2023
56. ↑ [Webseite Wirtschaftsrat der CDU - Bundesvorstand](#), abgerufen am 22.11.2023
57. ↑ [Bilanz des Wirtschaftsrates 2022, S. 15-18](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 22.11.2023
58. ↑ [Themen des Wirtschaftsrates](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 22.11.2023
59. ↑ [Bilanz des Wirtschaftsrates 2022, S. 18-20](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 22.11.2023
60. ↑ [Wissenschaftlicher Beirat](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 20.12.2023
61. ↑ [Statut des Jungen Wirtschaftsrates](#), wirtschaftsrat.de vom 22.09.2022, abgerufen am 05.12.2023
62. ↑ [WR-Info: Junger Wirtschaftsrat wählt Caroline Bosbach an die Bundesspitze](#), wirtschaftsrat.de vom 25.10.2021, abgerufen am 05.12.2023
63. ↑ [Landesverbände](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 05.12.2023
64. ↑ [Junger Wirtschaftstag 2022](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 05.12.2023
65. ↑ [Unsere Geschichte](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 05.12.2023
66. ↑ [TREND - Magazin für Soziale Marktwirtschaft](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 05.12.2023
67. ↑ [Soziale Marktwirtschaft in der Europäischen Union](#), wirtschaftsrat.de vom 04.12.2023, abgerufen am 30.12.2023
68. ↑ [Wirtschaftsrat und CDU arbeiten künftig enger zusammen](#), wirtschaftsrat.nsf vom 28.11.2018, abgerufen am 16.03.2021